

April 2013

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Aktuell

SEITE 5

Arbeit

SEITE 12

Leben

SEITE 24

Bezirk

SEITE 28

**Befragung: Macht
mit im Internet!**

**Schweigepflicht auch
für Betriebsärzte**

**Leiharbeit: Experten
antworten**

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 65 | D 4713

**TARIFRUNDE
2013**

**PLUS
FÜR UNS
PLUS
FÜR ALLE**



Aktuell

Für eine bessere Bildung. Die IG Metall Jugend hat Anfang März ihre neue Kampagne »Revolution Bildung« gestartet. Das Ziel ist eine bessere Bildung, kostenfrei, mit genügend Zeit und Zugängen für alle – statt schneller Abrichtung auf den Job. Dafür machten rund 500 junge Aktive ein ganzes Wochenende lang mit kreativen Aktionen Alarm in Frankfurt am Main. **Auf den Seiten 6 und 7 »**

Vor Ort

Die Macher der Energiewende hängen in der Luft. Eigentlich sollen die Freileitungsbauer 2800 Kilometer neue Stromtrassen durch die Republik ziehen. Doch derzeit sitzen sie mehr zu Hause als auf den Hochspannungsmasten. Denn der Netzausbau stockt. Und die Energiewende dümpelt dahin. **Auf den Seiten 10 und 11 »**

Titelthema

Start in neue Tarifrunden

Bald wird sie wieder zu hören sein: die Begleitmusik aus den Betrieben. Die IG Metall hat am 19. März die Tarifverhandlungen für die 3,7 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie gestartet. Viele Metallerrinnen und Metaller werden sie mit Aktionen begleiten. 5,5 Prozent ist die Forderung. Auch bei VW und im Kfz-Handwerk verhandelt die IG Metall über neue Tarifverträge. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Fotos: Thomas Range/ Jürgen Pollak/ Susanne Hübner

+ PLUS FÜR UNS PLUS FÜR ALLE



Leben

Bei Zuschlägen aufpassen. Leihbeschäftigte bekommen einen Zuschlag, wenn sie in einem Metallbetrieb, im Bereich Holz und Kunststoff oder in der Textilindustrie arbeiten. Wann sie mehr Geld bekommen und worauf sie achten müssen, erklärten Experten bei der Telefonaktion der metallzeitung. **Auf den Seiten 24 und 25 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzlar, Bertin Eichler
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion metallzeitung
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Fabienne Melzer

Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151 81 27-0
Fax: 06151 89 30 98
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800 446 38 25
Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die metallzeitung gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. **Bestellung an:**
metallzeitung@igmetall.de.

Lieber Kinder als Karriere metallzeitung 3/2013, Betreuungsgeld

»Ihre Anmerkung zu den Entwicklungschancen für Sprache und Integration zweifle ich nicht an. Weit besser als Kitaplätze ist dennoch die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen können. Unser Glück war die Erfahrung, die meine Frau als Erzieherin einbringen konnte. Und mein Glück, eine gute Gleitzeitregelung in einer 35-Stunden-Woche zu haben. Meine Kinder waren mir wichtiger als eine Karriere. Das ging allerdings mit Verdiensteinbußen und einem geringeren Lebensstandard einher. Darum begrüße ich die staatliche Unterstützung. Auch wenn die 150 Euro im Monat die Verluste bei Weitem nicht ausgleichen.«

Wolfgang Sczuka, per E-Mail

Tarifrunde sein lassen metallzeitung 2/2013, Tarifforderungen

»Mir sträuben sich schon wieder die Haare, wenn ich lese, dass die IG Metall um mehr Geld kämpfen will. Das sind dann wieder fünf plus x Prozent. Raus kommen dann oft nur drei Prozent. Und das nützt so gut wie nichts. Dank der in Deutschland immer noch vorhandenen kalten Progression ist es wieder eine Reallohnsenkung, oder man tritt bestenfalls auf der Stelle. Dank der ach so »sozialen« SPD haben wir hier diese ungerechte Steuer beibehalten – als eines der wenigen Länder in Europa! Die IG Metall soll sich lieber um wichtigere Dinge kümmern. Lasst es einfach sein, fünf plus x Prozent verfehlt doch nur seinen Zweck.«

Gert Köppe, Idstein

Sehr ergreifend metallzeitung 3/2013, Frauen in der Mangel

»Den Beitrag über die Berendsen-Wäscherei fand ich sehr ergrei-



Karikatur: Andrzej Poloczek

Karikatur zum Angucken:
igmetall.de/cartoon

fend. Kam mir aber bekannt vor. Ich arbeitete selbst viele Jahre in einer mittelständischen Wäscherei. Mein Stundenlohn betrug zu dieser Zeit 4,54 Euro in zwei Schichten und dafür musste ich mir auch allerhand gefallen lassen. Zu meinem Glück habe ich die Firma von einem Tag auf den anderen verlassen. Ich habe es nie bereut, denn heute geht es mir gut, weil es durchaus Arbeitsstellen gibt, wo man mit Respekt behandelt wird.«

Andrea Roth, per E-Mail

Die besseren Männer? metallzeitung 3/2013, Jetzt reden wir über Geld

»Seit Jahren fordert frau ihre Rechte in den oberen Chefetagen ein oder kämpft, um finanziell mit den Männern in den Betrieben gleichgestellt zu werden. Leider mit wenig und sehr mäßigem Erfolg. Ich stehe zwar nicht mehr im Berufsleben, verfolge aber das Geschehen und habe dazu eine klare Meinung. Warum müssen Frauen die besseren Männer werden? Frauen, lasst die Männer Männer sein. Und wenn die Männer das Gleiche den Frauen zugestehen, wird es eine Superverbindung werden und dieses Land hat endlich das, was es schon seit Langem braucht: ein respektvolles Miteinander und super Teams in der Arbeit.«

Maria Anna Böhm, Augsburg

Ein Plus für uns ist ein Plus für alle

TARIFRUNDE STARTET

Unsere Tarifforderung für Metall und Elektro steht. Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate. Das ist fair und nützt der deutschen Wirtschaft.



Foto: Frank Rumpenhorst

Berthold Huber, Erster Vorsitzender: »Unsere Tarifforderung ist realistisch.«

»Plus für uns – Plus für alle!« Mit diesem Slogan zieht die IG Metall in die Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie. Erste Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite haben in den Bezirken bereits stattgefunden.

Die Arbeitgeber haben sich in ihrer öffentlichen Darstellung ein Bettelhemd übergestreift. Das übertrieben schlechte Bild, das sie zeichnen, entspricht nicht der Realität. Insgesamt steht die Branche gut da. Im vergangenen Jahr haben die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie mit durchschnittlich 3,9 Prozent Rendite ihr dritthöchstes Ergebnis überhaupt erzielt.

Realistisch. Die meisten Unternehmen können sich eine angemessene Tarifierhöhung leisten. Für diejenige Minderheit, der es besonders schlecht geht, bietet unser Tarifvertrag seit 2004 ausreichend flexible Reaktionsmöglichkeiten. In diesem

Jahr spricht noch ein weiteres wichtiges Argument für unsere Tarifforderung: Alle großen Wirtschaftsinstitute sehen im privaten Konsum die wesentliche Stütze für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Umso mehr gilt also, dass ein Plus für uns ein Plus für alle ist. Denn von wirtschaftlichem Wachstum und angemessenen Lohnsteigerungen profitieren alle. Höhere Steuer- und Beitragseinnahmen sind ebenso die Folge wie höhere Renten, die sich ja an der durchschnittlichen Entgelt-erhöhung orientieren.

Diese Tarifrunde ist kein Selbstläufer. Wer denkt, es werde diesmal besonders einfach, weil wir »nur« mehr Geld fordern, irrt sich gewaltig. Zuversichtlich können wir dennoch sein: weil wir uns immer darauf verlassen können, dass die IG Metall mit vielen – auch neuen Mitgliedern – zusammensteht, wenn es darauf ankommt. Jetzt ist es wieder so weit. ■

Berthold Huber

? FRAGE UND ANTWORT

metallzeitung 3/2013, Pflaume zu »Superfrauen«

»Keine Frau als Pflaume des Monats? Wer sucht, der findet – steht schon in der echten Bibel ... Sicher hätte sich bei Renate Künast etwas finden lassen ...«

Thomas John, per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Viele Frauen fanden die Pflaume klasse. Von Männern kamen dagegen nur kritische E-Mails – wie die von Thomas John. Es gibt genug Frauen, die der Pflaume würdig sind, meinten sie, und lieferten Belege gleich mit – überzeugende Kandidatinnen. Angela Merkel war auch dabei. Der Redaktion machten die Reaktionen klar: Die Pflaume, eigentlich als Satire gedacht, wurde gründlich missverstanden. Sowohl von den Frauen als auch den Männern. Denn nichts lag der Redaktion ferner, als den Eindruck zu erwecken, sie wolle ein Loblied auf Merkel oder gar Ministerin Schröder singen. Ganz im Gegenteil. Dass das trotzdem so überkam – eindeutig unser Fehler. Dumm gelaufen. Damit haben unsere Redakteurinnen wohl selbst den Beweis geliefert, dass Frauen nicht immer Superfrauen sind. ■

Auch Leiharbeiter von Armut im Alter betroffen

»Ich bin seit etwa zwei Jahren Leiharbeiter, weil mein früherer Arbeitgeber ins Ausland ging. Ich habe jetzt über 500 Euro weniger auf meinem Lohnzettel. Ich war Metallfacharbeiter. Bald werde ich 59 Jahre alt und habe auf einen Job als Facharbeiter keine Chance mehr. Was ich damit sagen möchte: Nicht nur Frauen sind von Altersarmut betroffen, sondern auch die meisten Leihbeschäftigten ab 55 Jahre. Leider ändern Sie auch nichts daran – weil unsere Regierung es so will.«

Ernst Stolz, per E-Mail

Kassenbeiträge ungerecht

metallzeitung 3/2013,

Guter Rat zur Altersvorsorge

»Derzeit gilt eine Regelung, dass ein Teil der ausbezahlten Lebensversicherungsbeiträge an die gesetzliche Krankenkasse abgeführt werden muss. Der Betrag ist nicht unerheblich und reduziert die private Altersvorsorge, die ja zunehmend von den Arbeitnehmern verlangt wird. Ungerecht ist außerdem, dass diese Regelung 2005 rückwirkend auf alle Verträge ausgedehnt wurde und dadurch die Rendite sinkt. Das war bei Abschluss nicht bekannt. Außerdem zahlen privat versicherte Arbeitnehmer nichts. Da es sich in den meisten Fällen um zusätzliche Altersvorsorge handelt, die hier abgeschöpft wird, könnte ich mir vorstellen, dass die IG Metall dafür eintritt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen.«

Hans-Joachim Bernardi, Metzinger

GEWONNEN HABEN

Februar-Rätsel

Lösungswort: Equal Pay

1. Preis: Daniela Hugo, Wuppertal
2. Preis: Jürgen Stegmann, Villingen-Schwenningen
3. Preis: Iris Amft, Sibbesse

BILD DES MONATS

Ausgerollt

Die Botschaft war nicht zu überlesen: In meterhohen Buchstaben stand auf dem Transparent: »Frau Merkel, Europas Jugend braucht Ausbildung und Arbeit.« Das Plakat hatte die IG Metall an der Fassade der Vorstandsverwaltung in Frankfurt am Main Mitte März ausgerollt. Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union machte sie damit auf die katastrophale Situation vieler junger Menschen in Europa aufmerksam.

»Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist ein Drama. Millionen junger talentierter Menschen kämpfen gegen Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit«, sagte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Momentan haben gut 23 Prozent der jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in Europa weder einen Arbeits- noch einen Ausbildungsplatz. Somit ist fast jeder vierte junge Mensch innerhalb Europas ohne Arbeit – in Krisenstaaten wie Spanien oder Griechenland sogar mehr als jeder zweite.

Die IG Metall fordert einen Sondergipfel zur Rettung der Jugend sowie ein Recht auf Aus- oder Weiterbildung innerhalb von vier Monaten nach Erhalt eines schulischen Abschlusszeugnisses. Zudem müssen die Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Dauer von mindestens einem Jahr garantiert sein. ■

Fabian Uhl für
metallzeitung@igmetall.de

Video zur Aktion unter:

[youtube.com/igmetall](https://www.youtube.com/igmetall).

Oder per
Smartphone
mit diesem
QR-Code:



Fotos: Frank Rumpenhorst



Im Schleudergang

WÄSCHEREI BERENDSEN

Die Großwäscherei Berendsen will rund 70 der 200 Wäscherinnen kündigen, weil sie keine Arbeitsverträge mit weniger Lohn unterschreiben wollen.

Der Konflikt bei der Großwäscherei Berendsen im thüringischen Neustadt/Orla eskaliert (wir berichteten in metallzeitung 3/2013). Die Geschäftsführung will nun rund 70 der 200 Beschäftigten kündigen, weil sie keine neuen Billigarbeitsverträge unterschreiben wollen.

Unter anderem will Berendsen nur noch maximal 8,50 Euro statt der bisherigen tariflichen 9,22 Euro zahlen. Die Begründung: Der Standort sei in Gefahr. In Wahrheit, vermutet die IG Metall, will Berendsen Konkurrenten unterbieten.

Aktionen vor dem Tor. Ein Großteil der Beschäftigten, fast ausschließlich Frauen, hat aus Angst unterschrieben. Doch rund 70 wollen nicht klein bei-

geben. Sie halten an ihrem bisherigen IG Metall-Tarifvertrag fest, der trotz Aufkündigung durch den Arbeitgeber weiter in der sogenannten Nachwirkung gilt, solange keine neuen Verträge an seine Stelle treten.

Die IG Metall unterstützt die Frauen. Es gab bereits mehrere Versammlungen und eine Aktion vor dem Werkstor.

Die Wäscherinnen in Neustadt/Orla planen weitere Aktionen, erklärt Michael Ebenau von der IG Metall Jena-Saalfeld. »Die Frauen haben jetzt schon so viel durchgestanden. Sie werden auch weiter durchhalten. Sie werden nicht unterschreiben, sondern kämpfen.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de
Hintergründe und Aktuelles:
▶ igmetall.de/berendsen

BEFRAGUNG

Wir wollen's wissen

Die IG Metall will wissen, was den Menschen auf den Nägeln brennt. Die Gefragten finden es: »Klasse«. Mit solchen Kommentaren oder mit einem »Weiter so!« haben viele ihren Fragebogen an die IG Metall zurückgeschickt. Seit Mitte Februar läuft die bundesweite Befragung der IG Metall zu den



Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Die Antworten sollen Grundlage für die Arbeit der IG Metall werden. Wer seinen Fragebogen schon ausgefüllt hat, sollte ihn jetzt schnell abgeben. Spätestens alle, die noch keinen Fragebogen bekommen haben, können online mitmachen. Fragebogen und Infos unter:

▶ arbeitsicherundfair.de/befragung

ZAHLEN UND FAKTEN

14 Je älter sie sind, desto öfter gehen Beschäftigte arbeiten, wenn sie krank sind. 14 Tage haben kranke Arbeitnehmer über 55 Jahre 2012 gearbeitet, bis 34-Jährige »nur« 9 Tage, die Jahrgänge dazwischen 12 bis 13 Tage.

66,9 Trotz angeblichen Fachkräftemangels haben 2012 von 824 626 Jugendlichen, die an einem Ausbildungsvertrag interessiert waren, nur 551 271 auch einen erhalten. Das waren nur 66,9 Prozent.

1,8 In der Europäischen Union arbeiten 1,8 Millionen Menschen in der Recyclingindustrie. Wenn statt 50 künftig 70 Prozent der Materialien wiederverwertet würden, könnten laut OECD 550 000 zusätzliche Stellen entstehen.

235 Die »Heuschrecken« sind zurück. 2007, vor der Krise, kauften Finanzinvestoren 319 deutsche Firmen, 2009 nur noch 158. Aber 2011 eigneten sie sich schon wieder 265 Unternehmen an, 2012 immerhin 235.

52 Menschen in einem Alter, in dem Kinder zu versorgen sind, haben oft hohe Schulden. 35- bis 45-Jährige machen zwar nur 32 Prozent der Bevölkerung aus, aber 52 Prozent der Überschuldeten. Über 65-Jährige stellen 25 Prozent der Bevölkerung, aber nur 5 Prozent der Überschuldeten.

5 Konzerne, die weltweit tätig sind, schaffen es nach Angaben der OECD durch Tricks, nur fünf Prozent Körperschaftssteuern zu zahlen, wo weniger große Firmen 30 Prozent berappen müssen.



Auftakt zur neuen Kampagne »Revolution Bildung« der IG Metall Jugend. In bunten »Morphsuits« enterten junge Metalller das Frankfurter Bankenviertel und die Innenstadt.

Für eine bessere Bildung

JUGEND Mit ihrer neuen Kampagne »Revolution Bildung« tritt die IG Metall Jugend für eine bessere Bildung an: kostenfrei, mit genügend Zeit, Zugänge für alle und Qualität – statt marktgerechter Abrichtung für den Job. Anfang März fiel der Startschuss mit mehreren Aktionen in Frankfurt am Main.

In bunten »Morphsuits« (Foto) entern sie die Frankfurter Innenstadt, tanzen zu Elektrobeats vom Lkw durch die Straßen und verteilen Flyer an verdutzte Passanten. Am Hauptbahnhof steigt eine Schlacht mit Farbkreidepulver. Und im Bankenviertel detoniert ein Feuerwerk. Der Startschuss zur neuen Kampagne »Revolution Bildung« der IG Metall Jugend Anfang März.

Ein ganzes Wochenende lang machen hier rund 500 junge aktive Metalller aus ganz Deutschland Alarm. Und in den Hörsälen der Universität reden sie über Inhalte. Sie wollen eine bessere Bildung in Schulen, Unis und Betrieben.

Für eine radikale Reform. »Die Politik hat in den letzten Jahren versagt«, kritisiert IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer. Vor allem fehlt das Geld: Bei den Bil-

ZAHLEN ZUM THEMA

REVOLUTION BILDUNG

24 Nur 24 Prozent der Kinder nichtstudierter Eltern studieren.

Quelle: DSW/HIS

0,7 Arbeitgeber investieren nur 0,7 Prozent der Arbeitskosten in Weiterbildung.

Quelle: EU-Kommission

35 Die Quote der Studienabbrecher ist seit 2006 von 25 auf 35 Prozent gestiegen.

Quelle: Bildungsbericht 2012

2,4 Bis 2020 werden 2,4 Millionen Fachkräfte fehlen.

Quelle: Bosch-Stiftung

dungsausgaben liegt Deutschland weit hinten (siehe Seite 14/15).

»Wer Hunderte Milliarden Euro für die Bankenrettung hat, muss auch Geld für Bildung haben«, fordert der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel. Bedarf gibt es reichlich: In der weltweit gelobten Berufsausbildung hapert es laut Umfragen unter Azubis an der Qualität in den unterfinanzierten Berufsschulen. Immer mehr Studierende geben auf, weil das verkürzte Bachelor-Studium kaum Luft lässt (Statistik links). Und bei Investitionen in Weiterbildung hinken die deutschen Betriebe international hinterher.

Vor allem ist das deutsche Bildungssystem sozial ungerecht. Wer nicht Kind studierter Eltern ist, studiert auch selbst nicht. Und jedes Jahr verlassen 50 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss.

Mit der »Revolution Bildung« tritt die IG Metall Jugend für eine radikale Bildungsreform an: für freie Zugänge zur Bildung für alle, von der Schule über den Beruf bis zum Masterstudium. Für kostenfreie Bildung, mit genügend Zeit zum Lernen. Und für mehr Qualität.

Bildung darf keine schnelle billige Abrichtung für den Markt sein (siehe Seite 14/15), sondern muss Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität als Ziel haben, fordert Leiderer. »Gute Bildung ist die Basis für eine gute Arbeit, für eine gute Zukunft und für eine starke Demokratie.«

In den nächsten Wochen will die IG Metall Jugend ein Bildungsmanifest erarbeiten und Unterschriften sammeln. Damit will sie bis zur Bundestagswahl Druck auf die Politik machen.

Bildung ist Tophema. Dass Bildung ein zentrales Thema in den Betrieben und in der Gesellschaft ist, hat die IG Metall Jugend über diverse Studien, Umfragen und viele Diskussionen vor Ort herausgefunden.

Auch bei den Aktionen in der Frankfurter Innenstadt trifft die »Revolution Bildung« den Nerv. »Anfangs war ich skeptisch«, meint Sarah Rückauf, Jugendvertreterin bei Kronen in Neutraubling. »Aber so ein Feedback auf den Straßen haben wir noch nie bekommen. Bildung betrifft eben alle. Und mit den tollen Farben und dem schrillen Sound können wir die Leute begeistern.«

Tatsächlich haben sich gut 200 Passanten in den Demozug am Samstagabend eingereiht, schätzt Benny Gold, Jugendvertreter bei Mercedes in Ludwigsfelde. »Die haben wir am Vorabend eingeladen, als wir in Morphsuits unterwegs waren. Bei der Demo habe ich viele wiedererkannt.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Hintergründe und News:

► revolutionbildung.de

RECHT NAH DRAN

Raus aus dem Werkvertrag, rein in die Festeinstellung

Endlich hat Ronny Clemen einen festen Arbeitsvertrag beim Werkzeughersteller Sandvik im thüringischen Schmalkalden. Seit 2005 arbeitet der Zerspanungsmechaniker hier schon. Allerdings nicht bei Sandvik direkt, sondern über die Subfirma ZWS, die einen Werkvertrag mit Sandvik hat. Für weniger Geld und mit weniger Urlaub als die Stammbeschäftigten. Lohnerhöhungen gab es bei ZWS nie.

»Natürlich fühlten wir ZWS-Leute uns ungerecht behandelt«, erinnert sich Clemen. »Aber wir hatten Angst. Wir wussten ja nichts über unsere Rechte oder über Gewerkschaft.«

All die Jahre arbeitet Clemen brav weiter. Bis es eines Tages ein Missverständnis wegen seines Zeitkontos gibt. Sein Chef bei Sandvik setzt ihn von heute auf morgen vor die Tür.

Illegaler Werkvertrag. Ein Kollege rät ihm, zur IG Metall zu gehen. »Das hätte ich mich früher nie getraut. Aber nun hatte ich ja nichts mehr zu verlieren«, erzählt Clemen.

Die IG Metall Suhl-Sonneberg handelt schnell. Bald ist

klar: Dies ist kein legaler Werkvertrag. Denn die ZWS-Leute sind voll in die Arbeitsabläufe bei Sandvik integriert. Sie machen die gleiche Arbeit wie die Festbeschäftigten und erhalten ihre Weisungen von Sandvik-Vorgesetzten. Bei einem Werkvertrag muss der Auftragnehmer jedoch eigenständig agieren.

Folglich liegt in Wahrheit Arbeitnehmerüberlassung, also Leiharbeit vor. Doch eine Anfrage bei der Arbeitsagentur ergibt, dass die Firma ZWS keine Genehmigung zur Arbeitnehmerüberlassung hat. Das bedeutet: Clemen und seine Kollegen haben sogar Anspruch auf Festeinstellung. Als Sandvik nicht auf die Anfragen reagiert, legt die IG Metall Suhl-Sonneberg Klage ein und alarmiert die Finanzkontrolle des Zolls wegen illegaler Leiharbeit. Und plötzlich lenkt Sandvik ein.

Einen Monat nachdem Clemen rausgeflogen war, erhalten er und seine ZWS-Kollegen feste Arbeitsverträge bei Sandvik. Clemen hat nun sechs Tage mehr Urlaub und verdient fast 500 Euro mehr. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Unbefristete Übernahme läuft

Die unbefristete Übernahme der Azubis, die seit diesem Jahr in der Metallindustrie als Regel gilt, läuft gut an. Laut ersten Zahlen der IG Metall in Baden-Württemberg haben mehr als zwei Drittel der Winterauslerner feste Jobs erhalten. Damit hat sich die Quote der Unbefristeten gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die übrigen IG Metall-Bezirke bestätigen die positive Tendenz.

Die IG Metall hat die unbefristete Übernahme in der Metall-Tarifrunde 2012 durchgesetzt. Die Umsetzung erfolgt jedoch in den Betrieben. Nun wird für die Sommerauslerner verhandelt.

»Die Übernahme ist gut gestartet, aber kein Automatismus«, warnt IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer. »Wir müssen auch in Zukunft weiter in den Betrieben dafür arbeiten.« ■

KURZ & BÜNDIG

Strompreisrabatt richtig

Angesichts der Kritik an den Energiekosten warnt die IG Metall davor, Verbraucher gegen die Industrie auszuspielen. Energieintensive Betriebe müssten entlastet werden, wenn sie unter starkem internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Die Kosten für Netzausbau und Risikoabsicherung bei Windenergie dürften jedoch nicht nur auf die Verbraucher abgewälzt, sondern müssten über Steuern finanziert werden. »Scheinheilig« nennt IG Metall-Energieexpertin Angelika Thomas es, einkommensschwache Haushalte gegen die Energiewende in Stellung zu bringen. »Steigende Heizkosten belasten Arme stärker als Umlagen für Strom aus erneuerbarer Energie.« Angemessenere Hartz-IV-Regelsätze seien darauf die richtige Antwort. Mehr im Interview mit Angelika Thomas:

► igmetall.de/energiewende-jetzt



Foto: Daniel Friedrichs/ dpa/ pa

Beschäftigte von Repower haben sich einen Tarifvertrag geholt.

Durchbruch geschafft

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich der Windanlagenhersteller Repower und die IG Metall auf einen Tarifvertrag geeinigt. Für die 2200 Beschäftigten gelten ab 1. Mai die wesentlichen Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie. Wer wann was bekommt bei Repower, unter:

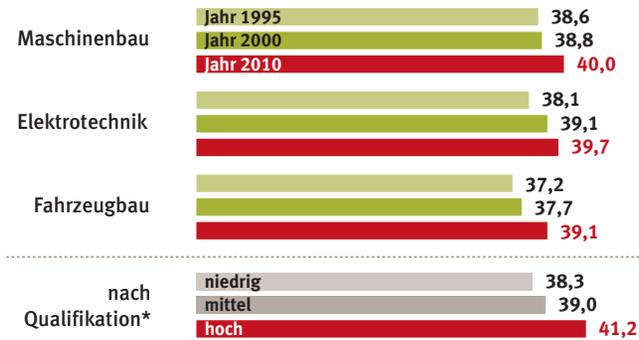
► igmetall.de/repower

»Nicht auf Ko

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

40 Stunden Arbeit in der Woche schon fast normal

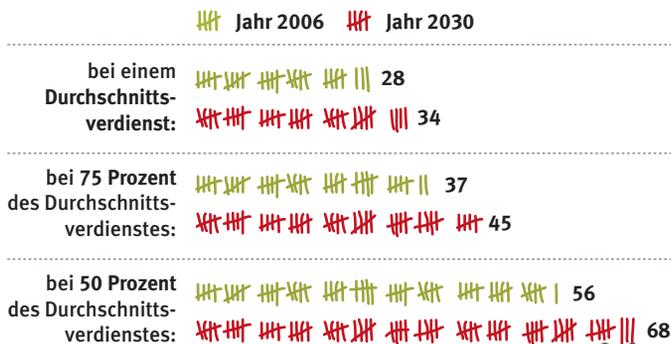
Wie sich die üblichen Arbeitszeiten Vollzeitbeschäftigter entwickelt haben – am Beispiel der Wochenarbeitszeiten von drei Branchen der Metall- und Elektroindustrie (in Stunden):



* Metall- und Elektroindustrie 2010
Quellen: EU-Statistikamt Eurostat/ Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ)

68 Jahre arbeiten für Rente über Armutsniveau?

So viele Jahre müsste ein alleinstehender Arbeitnehmer beschäftigt sein und Rentenbeiträge zahlen, um eine Rente zu bekommen, die über dem heutigen ALG-II-Niveau liegt:

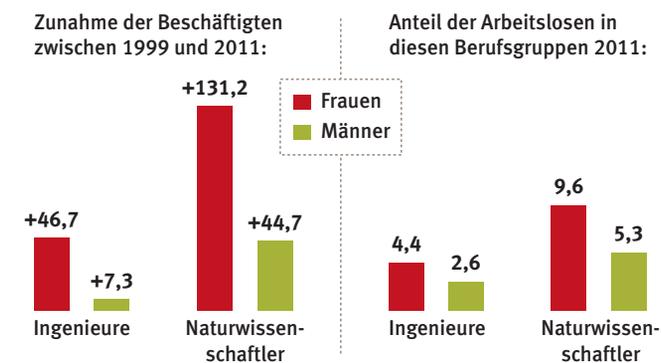


Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen



Frauen legen in traditionellen »Männerberufen« zu

Die Zahl der Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen nimmt prozentual stärker zu als die der Männer. Sie sind aber auch öfter arbeitslos. (Angaben in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Infografiken: Julia Buschmann

INTERVIEW

Siemens schraubt das Gewinnziel hoch. Zwölf Prozent sollen alle Bereiche in Zukunft abwerfen. Warum dabei die Menschen und das Unternehmen auf der Strecke bleiben könnten, erklärt Jürgen Kerner vom Vorstand der IG Metall.

Siemens fuhr im vergangenen Jahr das zweitbeste Ergebnis seiner Geschichte ein und will bis 2014 sechs Milliarden Euro sparen. Was machen die Manager, wenn das Unternehmen einmal rote Zahlen schreibt?

Jürgen Kerner: Das will ich mir gar nicht ausmalen. Ich verstehe das Verhalten nicht, und die Beschäftigten verstört es. Die letzten beiden Jahre waren die besten in der über 100-jährigen Unternehmensgeschichte. Aber in der öffentlichen Wahrnehmung ist Siemens ein Sanierungsfall.

Hat Siemens denn Probleme?

Kerner: Wenn ein Konzern die Energiewende umsetzen kann, dann Siemens. Solche großen Projekte bergen natürlich Risiken. Zurzeit gibt es zum Beispiel Schwierigkeiten bei der Frage, wie der Strom von den Windrädern auf See ins Stromnetz kommt. Dazu braucht es eine Art Riesensteckdose, in der die gewonnene Energie gebündelt wird. Es kostet Geld, so etwas zu entwickeln. Das ist aber nicht der Grund für das Sparprogramm. Dahinter stecken die Finanzmärkte. Marktanalysten sind fünf Milliarden Euro Gewinn einfach zu wenig. Deshalb sollen jetzt alle Bereiche zwölf Prozent Gewinn machen.

Welche Gefahren siehst Du?

Kerner: Wenn das oberste Ziel die Marge und nicht die Entwicklung neuer Technik ist, gibt das Unternehmen seine Zukunft auf. Den Finanzmärkten ist es egal, ob Siemens in fünf Jahren noch eine Perspektive hat oder wir in Deutschland die Energiewende

schaffen. Glaubt irgendwer, dass Finanzmärkte Danke sagen, wenn wir die zwölf Prozent erreichen? Dann muss es noch mehr sein. Ein normaler Gewinn reicht nicht. In der Produktion sind zwölf Prozent aber nicht zu schaffen.

Das heißt für diese Bereiche?

Kerner: Sie laufen Gefahr geschlossen oder verkauft zu werden. Wir erleben das gerade bei der Logistik in Konstanz. Dort verdient Siemens Geld und die Logistik hat Zukunft. Trotzdem will der Konzern sie verkaufen, weil sie nicht auf zwölf Prozent kommt. Wenn wir dem Margenwahnsinn folgen, gefährden wir den Technologiekonzern.

Aber muss ein Unternehmen sich nicht auch verändern? Mit Weckern hätte Siemens heute keine Chance mehr.

Kerner: Keine Frage. Aber bei einem Gewinn von fünf Milliarden Euro muss es möglich sein, sich als Unternehmen zu verändern und trotzdem alle mitzunehmen. Wir vermissen das klare Signal: Wir wollen besser werden und wenn wir das gemeinsam anpacken, bleibt keiner auf der Strecke.

In dem Papier »Siemens 2014« spricht der Konzern viel von optimieren und verbessern. Ist das schlecht?

Kerner: Gegen einzelne Punkte des Vorstands hat erst mal keiner etwas. Wenn er Prozesse vereinfachen will, spricht er jedem Beschäftigten aus dem Herzen. Es gibt viel, was besser werden kann. Siemens braucht für manche Auftragsannahmen 20 Unterschriften.

sten der Zukunft«



Fotos: Michael Schinke

»Mensch vor Marge«, fordert Jürgen Kerner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Siemens. »Bei fünf Milliarden Gewinn muss es möglich sein, ein Unternehmen zu verändern und alle mitzunehmen.«

ten. In der Zeit machen andere die Produkte. Nur: Von diesen Punkten kommt unten nicht viel an. Dort kommt nur der Druck an, zwölf Prozent zu machen.

Wie reagieren die Menschen?

Kerner: Mit Angst. Das Problem fängt schon damit an, dass Menschen in dem Papier »Siemens 2014« nicht vorkommen. Aber die Beschäftigten vermissen auch einen langen Atem. Es ist ein Armutszugnis, wenn ein Konzern wie Siemens neue Technik aufgibt, weil sie nicht genug Gewinn bringt. Für Beschäftigte heißt das: Es kommt nicht auf ein gutes Produkt an, sondern nur auf die Marge. Bei vielen steigt da der Frust.

Was will die IG Metall?

Kerner: Wir wollen, dass Siemens Geld verdient, aber nicht auf Kosten von Technik und Fortschritt. Wenn Arbeitsplätze hier bleiben sollen, muss Deutschland Leitmarkt für neue Technologien werden. Siemens hat alles, um ein intelligentes Stromnetz zu entwickeln: Kraftwerke, Off-Shore-Anlagen, Unternehmens-IT. Das kostet Geld und es braucht eine Kultur, die Beschäftigte als Experten für ihren Bereich stärkt. Sie haben die Ideen und wissen, was gefragt ist – die Finanzmärkte wissen das nicht. Wir fordern nicht nur Investitionen in Entwicklung und For-

schung. Wir wollen eine Debatte, welche ausgelagerten Bereiche der Konzern zurückholen kann. Und eine Debatte, wie Arbeit im Jahr 2020 aussehen soll. Zurzeit machen wir mit den Beschäftigten Zukunftskonferenzen. Als IG Metall brauchen wir gute Ideen und eine Belegschaft, die hinter uns steht. Ohne sie haben unsere Ideen weniger Gewicht, ob wir sie im Aufsichtsrat oder bei der Geschäftsführung vorbringen.

Wirkt es sich auf andere Unternehmen aus, wenn Siemens solche Gewinnziele setzt?

Kerner: Ein großer Konzern hat natürlich Strahlkraft. Kollegen aus anderen Betrieben berichten uns von ähnlichen Problemen. Der Druck der Finanzmärkte auf die Unternehmen steigt überall.

Die Finanzmärkte sind wieder zurück?

Kerner: Sie sind nicht einfach zurück. Nach dem Zusammenbruch 2008 haben sie sich ein neues Spielfeld gesucht. Es ist nicht mehr das Kasino, sondern die reale Industrie. Sie haben allerdings die Spielregeln des Kasinos mitgenommen. Deshalb brauchen wir nicht nur bei Siemens eine Debatte. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Frage: Wie viel Gewinn ist genug? ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

WISSEN

Sozial und ökologisch

Statt »Siemens 2014« fordert die IG Metall »Siemens 2020«. Der Name drückt aus, dass die IG Metall auf Strategien setzt, die länger leben als die nächste Finanzblase.

Es geht um industriepolitische Trends, die Kompetenzen des Konzerns rund um Energie, Verkehr, Industrieanlagen und Medizintechnik und eine Ausrichtung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Grundlage ist auf eine Studie des IMU Instituts.

Mehr zur IG Metall und zu Siemens gibt es im Internet unter:

▶ dialog.igmetall.de

KURZ & BÜNDIG

Zählen und wählen

Bei der Betriebsgröße zählen Leihbeschäftigte mit, entschied das Bundesarbeitsgericht Mitte März. Für die Betriebsratswahlen bedeutet das: Die Zahl der Leihbeschäftigten kann sich auf die Größe des Betriebsrats auswirken. Detlef Wetzels, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, begrüßte die Entscheidung.

»Jetzt haben Betriebsräte mehr Möglichkeiten, sich für die Interessen aller Beschäftigten einzusetzen.« Mehr dazu unter:

▶ igmetall.de/BAG-Leiharbeit



Das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall

Bestes Ergebnis erzielt

Mehr als 54 000 Beschäftigte haben sich 2012 für eine betriebliche Altersversorgung des Versorgungswerks MetallRente entschieden. 460 000 Verträge gehören zum Bestand der Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall, die im vergangenen Jahr eines der besten Ergebnisse erzielt hat.

Weniger zum Leben

Hartz-IV-Bezieher bleibt immer weniger Geld. Während die Verbraucherpreise seit 2005 um 14,5 Prozent stiegen, erhöhte sich der Regelsatz um 10,7 Prozent. Das Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum fordert daher, Regelsätze und jährliche Anpassung neu festzulegen. Worauf es dabei ankommt:

▶ menschenuerdig-existenzminimum.org

Sie hängen in der Luft

ENERGIEWENDE

Sie sind die Macher der Energiewende: Die Freileitungsbau-Monteure sollen bis zum Jahr 2022 die 2800 Kilometer Stromtrassen bauen, die nötig sind, um die vielen Gigawatt Windstrom von der Küste nach Süden zu leiten. Doch die Energiewende stockt. Denn die Politik hat zu lange geschlafen. Genehmigungsverfahren dümpeln vor sich hin. Aufträge bleiben aus. Statt mit neuen Trassen muss die Branche mit Beschäftigungsproblemen fertigwerden. Viele Freileitungsmonteure sind bereits in Kurzarbeit.

Von Dirk Erb

Sie hängen in der Luft. Senkrecht, waagrecht, schräg. In bis zu hundert Metern Höhe kraxeln sie auf Hochspannungsmasten herum und ziehen tonnenschwere Leitungen durch die Landschaft. Sie balancieren über Zentimeter schmale Stahlstreben, hangeln sich bäuchlings an Starkstromleitungen entlang und setzen sich rittlings darauf. Ein Drahtseilakt.

Abstürze gab es schon seit Jahren nicht mehr. »Bei der Arbeitssicherheit sind wir gut aufgestellt«, erklärt Matthias Cornely. Er ist Betriebsrat bei den Freileitungsbau-Monteuren des Energieinfrastrukturlieferanten SAG in Montabaur. »Aber die Arbeit ist ein Knochenjob ohne Ende. Früher konnten wir bei starkem Regen auch mal runter und uns in den Bauwagen



Foto: SAG

getreten, kritisiert der SAG-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Bernd Mittler.

Nun hat die schwarz-gelbe Koalition den ach so teuren Ökostrom für den Wahlkampf entdeckt. Planungssicherheit für Investitionen sieht anders aus. Das schreckt Stromerzeuger und Netzbetreiber ab. Die großen Erzeuger haben sowieso wenig Interesse an der Energiewende. Renditen wie in der Atomkraft sind mit Ökostrom nicht drin.

Mitte März hat die Regierung endlich neue Pläne und ein neues Gesetz zum Netzausbau vorgelegt. Doch die Diskussionen um die Umsetzung gehen weiter. »Bis die Bauarbeiten wieder hochfahren, kann es noch gut zwei Jahre dauern. Dann wird es eine Riesenwelle geben«, schätzt der SAG-Gesamtbetriebsrat Mittler. Immerhin hat die SAG jetzt bekräftigt, dass sie auf Wachstum setzt und dafür neue Märkte und Arbeit erschließen will. Und dennoch: Zwei Jahre sind eine lange Zeit für die Freileitungsbauer.

Billigkonkurrenz in der Leitung. In zwei Jahren werden zudem viele neue Wettbewerber in den Startlöchern stehen, die etwas von dem Kuchen abhaben wollen – und die dann vielleicht in der Lage sind, Hochspannungsleitungen zu bauen. Zu deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen als die SAG mit ihrem guten Metall-Tarif. »Besonders Handwerksunternehmen ohne Tarif setzen uns schwer unter Druck. Wir bekommen immer vorgehalten: Schaut, die sind billiger als ihr«, kritisiert Mittler. »Wir müssen als IG Metall wieder mehr Betriebsräte und Tarifverträge im Handwerk durchsetzen (siehe Kasten links). Besser statt billiger. Das ist besser für alle – gerade bei einer so schwierigen, gefährlichen und anspruchsvollen Arbeit.«

Außerdem muss die IG Metall noch mehr Druck für die Energiewende machen, findet Cornely. »Unsere Monteure sind fast alle Metaller. Und ihre Arbeitsplätze sind durch die Verzögerung beim Netzausbau massiv gefährdet.«

Mitte März war Betriebsversammlung in Montabaur. Die Monteure haben die Kurzarbeit recht locker aufgenommen. »Ist ja nicht Eure Schuld. Die Kröte müssen wir jetzt schlucken«, hieß es. Cornely hat dort auch einen ARD-Film gezeigt: Wie Politik und Energieversorger die Energiewende ausbremsen. »Das hat gesessen. Die Leute sind mächtig sauer.«

Und die SAG ist keineswegs allein betroffen. »Auch wir gehen jetzt mit einem Teil der Monteure in Kurzarbeit«, bekräftigt Michele Ferrara, Betriebsrat beim Mitbewerber GA in Stuttgart. »Ende letzten Jahres hatten wir noch einen guten Arbeitsvorrat. Doch jetzt schiebt sich alles weiter nach hinten. Und um das bisschen Arbeit, das da ist, schlagen sich alle.«

Politik im Kriechstrom. Dieses Bild bestätigt auch der Zentralverband der Elektroindustrie ZVEI. Schon Ende letzten Jahres saßen dort die Unternehmen der Freileitungsbranche zusammen, um über Auftragsmangel, drohende Kurzarbeit und Entlassungen zu beraten.

Alle reden von der Energiewende – doch die Macher hängen ohne Arbeit in der Luft? Ein Grund dafür sind die komplizierten Genehmigungs- und Planungsverfahren für die einzelnen Netzabschnitte. Vieles hängt irgendwo fest. Und einen Strommast im Garten will keiner. Vieles hängt jedoch auch an den fehlenden Rahmenvorgaben der Politik: Sie hat in den letzten zwei Jahren nicht nur geschlafen, sondern durch ihren Zick-Zack-Kurs noch auf die Bremse

setzen. Doch heute ist das nicht mehr drin. Wenn es nicht gerade Gewitter oder Glatteis gibt, wird bei jedem Wetter auf den Masten durchgearbeitet.«

Die Uhr tickt: Bis 2022 sollen 35 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien kommen. Und die Freileitungsbauer von der SAG und zehn weiteren Unternehmen sollen ganze 2800 Kilometer neue Trassen durch die Republik ziehen, damit der Strom von den Windrädern im Norden nach Süden kommt.

Netzausbau im Kurzschluss. Im Moment reicht die Netzkapazität in Deutschland nicht aus. Der deutsche Strom weicht über Polen und Tschechien aus und legt dort die Netze lahm. Oft stehen ganze Windparks still, weil der Strom nicht wekommt. Die Leitungsbauer haben also eigentlich viel zu tun: von der Offshore-Windanlage 40 Kilometer vor der Küste bis zum Verbraucher nach Hause.

Hätten sie. Eigentlich. Doch seit Januar sitzen sie zumeist ohne Arbeit zu Hause. Die Hälfte der 120 Monteure in Montabaur sollte sogar vorübergehend entlassen werden. Der Betriebsrat hat in harten Verhandlungen erreicht, dass sie bleiben und dafür kürzer arbeiten. »Sobald die Aufträge wieder anziehen, brauchen wir die Leute ja wieder. Das hat die Firma schließlich eingesehen«, erklärt Betriebsrat Cornely. Bis zum 31. Dezember gilt nun Kurzarbeit.

WISSEN

IG Metall startet Offensive Handwerk
Mit 1,3 Millionen Beschäftigten ist das Handwerk der größte Wirtschaftszweig im Bereich der IG Metall. Doch die Arbeitsbedingungen und Löhne hinken oft hinterher. Viele Betriebe haben keinen Tarif. Schlecht für die Beschäftigten dort. Und unfaire Konkurrenz für Betriebe mit guten Tarifverträgen, wie die SAG. Das will die IG Metall ändern und hat daher die »Offensive Handwerk« gestartet. Für Tarifverträge und bessere Arbeitsbedingungen im Handwerk.

Arbeitsmediziner im Betrieb



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Herrmann

RECHT SO | Betriebsärzte sollen gesundheitliche Belastungen verringern und Gefahren für Beschäftigte verhindern. Die Ärzte führen zudem arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen durch. Aber darf der Chef mehr zur Diagnose erfahren?

Das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) verlangt von Arbeitgebern die Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit. Hierbei kommt es weniger auf die Größe des Betriebs an, sondern vielmehr darauf, ob die Belegschaft in Sachen Unfallschutz und Gesundheitsfürsorge gefährdet ist. Die Kriterien sind in der sogenannten Unfallverhütungsvorschrift beschrieben. Darin sind die Wirtschaftszweige bestimmten Betreuungsgruppen zugeordnet. Selbst für Betriebe mit zehn und weniger Beschäftigten gibt es ein Konzept zur betriebsärztlichen Betreuung. Es ist auf den jeweiligen Bedarf abgestimmt. Und zwar darauf, welche Art betriebsärztliche Betreuung eingeführt wird, welche Aufgaben der Betriebsarzt übernehmen soll und wie viele Ärzte bestellt werden.

Eine betriebsärztliche Betreuung und Beratung in einem Unternehmen dient dem Gesundheitsschutz und der Vorsorge. Im Rahmen der Vorsorge kann der Betriebsarzt allgemeine freiwillige Behandlungen anbieten, etwa eine Gripeschutzimpfung. Ob Schutz oder Prävention: Betriebsärzte

unterliegen in vollem Umfang der ärztlichen Schweigepflicht. Arbeitsverträge, die von Beschäftigten verlangen, den Betriebsarzt pauschal von seiner Schweigepflicht zu entbinden, sind zudem unwirksam.

Sicherheit geht vor. Der Arbeitgeber kann die Arbeitnehmer auch auffordern, sich regelmäßig untersuchen zu lassen. Und zwar bei gesetzlich vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen. Beschäftigte sind dann verpflichtet, sich untersuchen zu

lassen. Verweigert man die Untersuchung, drohen Abmahnung und Gehaltskürzungen.

Im Anschluss an die Untersuchung muss der Betriebsarzt den Arbeitgeber darüber unterrichten, ob die Tätigkeit ein Gesundheitsrisiko für den Untersuchten darstellt, ob sich eine bestehende Gesundheitsstörung verschlimmern kann oder ob sie als Ursache für bestehende Gesundheitsstörungen angesehen werden muss.

Krankendaten. Eine Überprüfung von konkreten Krankmeldungen auf ihre Berechtigung ist gesetzlich ausdrücklich ausgeschlossen. Gleiches gilt, wenn ein Beschäftigter nach langer Krankheit wieder seine Arbeit aufnimmt. Auch hier muss sich der Betriebsarzt bei der Krankheitsursache des Untersuchten an seine Schweigepflicht halten und sich nur zur Eignung des Beschäftigten äußern.

Anders verhält es sich, wenn der Chef einen Anlass hat, die weitere Einsatzfähigkeit eines Arbeitnehmers überprüfen zu lassen. Etwa wenn häufige Kurzerkrankungen die Zweifel begründen. ■



WISSEN

DGUV Vorschrift 2

Seit 2011 gilt die neue Vorschrift »Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit« (DGUV Vorschrift 2). Sie konkretisiert die Vorschriften des Arbeitssicherheitsgesetzes. Was die neue Vorschrift regelt, zeigt ein IG Metall-Ratgeber. PDF unter: igmetall.de (»20966-32889« als Suchbegriff eingeben)

Alltag von Familienernährerinnen

Sogenannte Familienernährerinnen sind sowohl Alleinerziehende als auch Frauen in Paarbeziehungen, die mit ihrem Einkommen den Löwenanteil (mindestens 60 Prozent) für die Familienkasse verdienen.

Ein vom DGB initiiertes Projekt verfolgt das Ziel, über

die Arbeits- und Lebensumstände dieser Frauen aufzuklären und Maßnahmen sowie sozialpolitische Vorschläge zur Verbesserung ihrer Situation zu entwickeln.

Betroffene können sich dazu an einer Umfrage beteiligen und ihren Alltag schildern.

► familienernaehrerin.de



Frühgeburt verringert Elterngeld

Berufstätigen Müttern geht nach einer Frühgeburt anrechnungsfreies Elterngeld verloren. Das Bundessozialgericht entschied am 20. Dezember 2012, dass es Elterngeld immer nach dem tatsächlichen und nicht nach dem errechneten Geburtstermin gibt.

Hintergrund: Berufstätige Frauen erhalten sechs Wochen vor

und acht nach der Geburt eines Kindes Mutterschaftsgeld und einen Arbeitgeberzuschuss. Kommt das Kind früher zur Welt, verkürzt sich der Zeitraum vor der Geburt. Er wird an den achtwöchigen Anspruch angehängt und mit dem Elterngeld verrechnet. Mütter verlieren so einen Teil des Elterngeldes (B 10 EG 19/11 R). ■



PRODUKT

Korrekt kuscheln

Decken, die in Deutschland hergestellt werden? Eine Seltenheit. Den rund 280 Beschäftigten in einem Textilwerk wird Tariflohn gezahlt? Kleine Sensation. Und es gibt einen Betriebsrat, der sich nicht nur um die Stammebelegschaft vorbildlich kümmert, sondern auch genauso gut um die Leihbeschäftigten und für deren Festanstellung sorgt? Große Sensation.

Made in Germany. Möglich ist das alles beim Textilwerk Ibena. Schon seit dem 17. Jahrhundert handelt die Familie Beckmann mit Textilien. 1991 wurde in Rhode ein modernes Werk für die Produktion anspruchsvoller technischer Textilien gebaut. An diesem High-Tech-Standort fertigt Ibena neue und kundenspezifizierte Gewebe für die Industrie, aber auch Heimtextilien wie kuschelige Decken.

»Die Eigentümer und die Beschäftigten haben sich immer sehr für den Produktionsstandort Deutschland eingesetzt«, sagt Betriebsratsvorsitzender Gerd Janßen. Schon seit mehreren Jahren setzt sich der Betriebsrat verstärkt für die Probleme der Leiharbeiter ein. Denn: Nach wenigen Monaten erhalten sie eine Festanstellung.

Das regelt eine Betriebsvereinbarung, für die der Betriebsrat 2010 den Deutschen Betriebsrätepreis in Bronze erhielt. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Decken von Ibena gibt es unter den Markennamen S. Oliver und Bugatti im Einzelhandel oder bald auch im Onlineshop unter:

ibena.de



Johannesbad Therme

6-tägige Reise
statt ~~299,-~~ €
ab € **199,-** p.P.

3 % Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende

Deutschlands Urlaubsort Nr. 1 zum Sparpreis

Erleben Sie Erholung pur und lassen Sie den Alltag hinter sich! Baden und entspannen Sie im bekannten Johannesbad und genießen Sie die beeindruckende Wasserfläche von 4.500 qm in 13 unterschiedlich temperierten Becken.

Ihre Hotels

Das beliebte **Kurhotel Königshof** liegt zentral in Bad Füssing, das idyllisch gelegene **Vital-Hotel Jagdhof** befindet sich in der Nachbargemeinde Kirchham (kostenloser, regelmäßiger Buspendelverkehr). Beide Hotels sind komfortabel ausgestattet und bieten alle Annehmlichkeiten. Die **Nichtraucherzimmer** sind mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, Telefon, TV mit Radio, Kühlschrank, Terrasse oder Balkon ausgestattet.

Ihre **Halbpension** besteht aus Frühstücks- und Abendbuffets inkl. Tischgetränken (offene Hausweine, Bier, Softdrinks, Mineralwasser).

Entspannen Sie in der **4.500 qm großen Thermenlandschaft des bekannten Johannesbades** in insgesamt 13 Becken mit unterschiedlichen Temperaturen und Funktionen.

(Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr.)

Inklusivleistungen pro Person

- 5 Übernachtungen im gebuchten Hotel im Doppelzimmer
- Halbpension wie beschrieben
- 4 x Eintritt in die Johannesbad Therme
- 1 x Rückenmassage (ca. 20 Min.)
- Nutzung des hoteleigenen Wellnessbereiches
- Vorteile der Kur- und Gästekarte im Wert von bis zu 100,- € (z. B. Teilnahme am geführten Rad- und Wanderprogramm u. v. m.)
- Teilnahme an ärztlichen Vorträgen und Kursen
- Reiseleitung und Servicebüro vor Ort

Termine und Preise pro Person im Doppelzimmer in €

Anreisezeiträume (Anreise: Sa. oder Mo.)	6 Tage / 5 Nächte	
	Vital-Hotel Jagdhof	Kurhotel Königshof
A 30.11. – 16.12.13	199,- 299,-	229,- 329,-
B 20.04. – 10.05.13	249,- 369,-	299,- 399,-
C 11.05. – 19.07.13	299,- 399,-	369,- 439,-
D 20.07. – 27.09.13	349,- 429,-	389,- 469,-
Kennziffer: 55571	Buchungscode: D94A02J	Buchungscode: D94A01J

Wunscheleistungen pro Person: Bahnhof zum Bahnhof Pocking und zurück ab 69,- € (Taxi-Transfer vom Bahnhof zum Hotel in Eigenregie, ca. 15,- €). **Zusatzkosten (zahlbar vor Ort):** Kurtaxe von ca. 2,40 € pro Person/Tag, Haustiere nicht erlaubt. **Kinderermäßigung:** auf Anfrage.

- Inkl. Halbpension und Tischgetränke
- Inkl. 4 x Eintritt in die Johannesbad Therme
- Inkl. 1 x Rückenmassage



**JOHANNESBAD
HOTELS**



Ihr Vital-Hotel Jagdhof



Zimmerbeispiel Jagdhof



Ihr Kurhotel Königshof



Zimmerbeispiel Königshof

Reisetelefon (täglich von 8.00 – 22.00 Uhr)

0231 – 95 85 555

(Ortstarif)

www.dgb-reisen.de

Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,- €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen. Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH - 44137 Dortmund

**DGB
Reisen**

Vertrauen seit 1961

Bildung heißt Mündigkeit

STANDPUNKT

Alle reden über Bildung. Doch in der Realität der »Bildungsrepublik« fehlt es überall: an Geld, an Personal, an Krippenplätzen. Stattdessen gibt es ständig neue »Reformen«, die alle ein Ziel haben: möglichst schnelle Verwertbarkeit für den Markt. Ist das Bildung? Ursprünglich bedeutete Bildung mehr: Mündigkeit für alle – die Basis für Demokratie.



Es ist mittlerweile unerträglich geworden. Seit Jahren erleben wir pausenloses Bildungsgerede. Alle erzählen, wie wichtig Bildung sei, in einem Land ohne »sonstige« Rohstoffe. Die Bundeskanzlerin hat gar die »Bildungsrepublik Deutschland« ausgerufen.

Die Bildungswirklichkeit jedoch sieht anders aus. Das Desaster fängt schon im frühkindlichen Bereich an: Unter dem Titel »die Krippenlüge« berichtete der »Spiegel« über 278 000 fehlende Krippenplätze. Und über bis zu 60 000 fehlende Erzieherinnen und Erzieher, die trotz langer Ausbildung viel zu schlecht bezahlt werden, um Nachwuchs für den Job zu begeistern.

Das Desaster geht in der Schule weiter: Seit PISA stopft die Schulpolitik ihr Geld in immer neue Vergleichstests und Rankings – und in sogenannte kompetenzorientierte Bildungsstandards, statt sich auf pädagogische Reformen zu konzentrieren. Dazu gehört etwa eine Ganztagschule, die ihren Namen auch verdient, statt des stressigen G8-Gymnasiums.

Die weltweit gelobte duale Berufsausbildung muss sich ständig gegen marktgemäße »Umstrukturierungen«, wie die Verkürzung von Ausbildungsgängen, wehren.

Und schließlich ist auch die groß propagierte europäische Uni-

versitätsreform, der »Bologna-Prozess«, gescheitert. Das kritisiert selbst der Präsident des Deutschen Hochschulverbands: Studiengänge, die überfrachtet sind, Studierende, die überfordert sind, Dozenten, die frustriert sind. Und am Ende Absolventen, die keinen geeigneten Job finden.

Verwertung statt Bildung. Die Universität ist immer weniger ein Ort, wo über gesellschaftliche Missstände und Systemfehler kritisch nachgedacht und geforscht wird. »Bulimie-Lernen« ist angesagt: vor der Prüfung Wissen reinwürgen – und bei der Prüfung

wieder herauswürgen. Verwerten und vergessen. Und die Dozenten sind permanent damit beschäftigt, Drittmittel aus einem Wirrwarr von »Exzellenz«-Fördertöpfen zu werben, statt zu lehren und Studierende zu betreuen.

Dies sind die Folgen einer neoliberalen Bildungspolitik, die sich vom »schlanken Staat« und von der Privatisierung mehr Leistung und Wirtschaftserfolg verspricht. Nicht nur die Unis, sondern Bildung insgesamt wird voll auf die Wirtschaft ausgerichtet: schnelle Verwertbarkeit und Elitebildung sind gefragt.

Und immer mehr Menschen werden abgehängt: Das Bildungs-

niveau ist immer mehr abhängig von der sozialen Herkunft (siehe Seite 6/7).

Es geht nicht mehr darum, durch Bildung eine Mündigkeit für alle zu ermöglichen. Verwertbarkeit statt Mündigkeit bestimmt die Bildungspolitik. Diese »Umwertung« erfasst alle Bildungsbereiche.

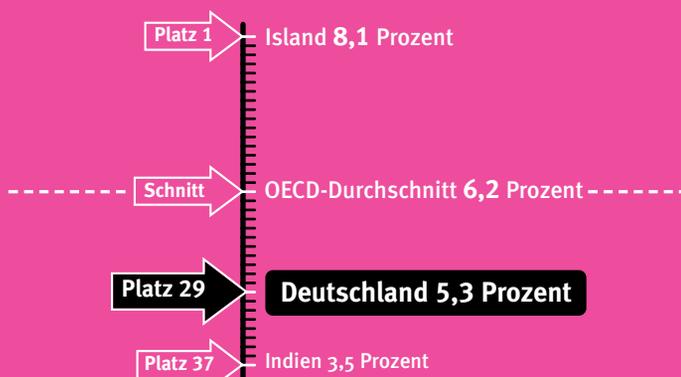
Die Folgen dieser Umwertung: »Winner-Mentalität« und die Losung »unterm Strich zähl' ich« breiten sich aus – gefördert von den Medien, die dieses Ego-Denken als selbstverständlich und »modern« hinstellen.

System in der Sackgasse. Selbst Stimmen aus der Wirtschaft warnen bereits: »Stoppt die Ökonomisierung der Bildung«, fordert der ehemalige BMW-Vorstandschef von Kuenheim, weil er darin eine Gefahr für die vernünftige wirtschaftliche Entwicklung sieht.

»Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb«, heißt es in der »Frankfurter Erklärung« von Fachleuten aus Schule und Hochschule. Sie engagieren sich für eine Vermittlung von Bildung und Wissen an die gesamte nachfolgende Generation. Also nicht nur an die Eliten. Und für eine verantwortungsbewusste und humane Bildung. »Schulen müssen Werk-

Deutschland bei den Bildungsausgaben weit hinten

Anteil der Bildungsausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung* in den Industrie- und Schwellenländern.



Quelle: Bildung auf einen Blick 2012, OECD

* Bruttoinlandsprodukt (BIP)



Foto: Jan Michalko/ kp works.

Misstände im Bildungssystem treiben junge Menschen auf die Straße. In Frankfurt am Main demonstrierte die IG Metall Jugend für die »Revolution Bildung« (Siehe Seite 6/7).

stätten der Menschlichkeit sein«, schrieb der Begründer der Pädagogik Jan Amos Comenius im 17. Jahrhundert. Sein Ziel von Bildung war »die Befähigung aller Menschen zur allgemeinen Beratung über die Verbesserung der menschlichen Angelegenheiten«. Bildung ist weit mehr als eine für den Markt verwertbare Ware.

Zeit für die Wende. Für eine Wende »von der Businessorientierung zur Bildungsorientierung«, wie sie die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum fordert. Denn Bildung ist die Voraussetzung für Demokratie und für ein menschenwürdiges Leben.

Für diese Wende müssen wir erstens einen humanen Begriff von Bildung wiedergewinnen. Und zweitens eine breite politische Bildungsbewegung initiieren. Die Gewerkschaften und Bildungsarbeit müssen hier ihre Stärken einbringen. Sie stehen für gemeinsames Lernen und den Kampf für vernünftige gesellschaftliche Verhältnisse. Genau das macht die IG Metall Jugend mit ihrer neuen Kampagne »Revolution Bildung« (siehe Seite 6/7). Gegen das verkürzte Ego-Denken hilft nur kollektive Mündigkeit durch Bildung für alle. ■

p.euler@apaed.tu-darmstadt.de

Zum Autor



Foto: Jan Michalko/ kp works

Peter Euler, 59, Professor für Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Sein Schwerpunkt sind spezifische Bildungsprobleme unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen, besonders im Bereich der Natur- und Umweltwissenschaften. Vor seiner akademischen Laufbahn machte er eine Ausbildung als Chemielaborant und absolvierte ein Studium als Chemieingenieur. Peter Euler ist seit 25 Jahren Gewerkschaftsmitglied.

DAS STICHWORT

Friedenspflicht, die;

Wenn die Verhandlungen in einer Tarifrunde ins Stocken geraten, treten Beschäftigte in Warnstreik. Sie wollen Arbeitgeber auf diese Weise unter Druck setzen, konstruktiv mit der IG Metall über ein Ergebnis zu verhandeln, das Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen akzeptieren können. Solange Tarifverträge noch laufen, gilt die Friedenspflicht. Das heißt: So lange sind keine Arbeitskämpfe, also keine Streiks und Warnstreiks, erlaubt. Erst wenn der Tarifvertrag endet, weil er gekündigt wurde oder seine Frist abgelaufen ist (aber auch, wenn ein Arbeitgeber aus dem Verband und der Tarifbindung austritt), kann die IG Metall zu Warnstreiks aufrufen.

Normal: vier Wochen. Für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Westdeutschland gilt die Friedenspflicht allerdings danach normalerweise vier Wochen weiter. Das hat die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall vor mehr als 30 Jahren in einer »Schlichtungs-

und Schiedsvereinbarung« festgelegt. Die längere Frist soll den Arbeitgebern die Chance geben, sich mit der Gewerkschaft ohne Arbeitskämpfe zu einigen.

Jetzt: null Wochen. In den jetzt laufenden Metall-Tarifverhandlungen um höhere Entgelte ist es jedoch anders: Die Friedenspflicht endet auch in allen westdeutschen Tarifgebieten schon, wenn der Tarifvertrag ausläuft. Das haben IG Metall und Arbeitgeber in der Tarifrunde 2012 in den Verhandlungsergebnissen festgelegt.

Darin haben die Tarifparteien nicht nur vereinbart, dass die Friedenspflicht früher endet, sondern auch, dass die IG Metall schon sechs Wochen, bevor der Tarifvertrag ausläuft, ihre Forderungen präsentiert und dass vier Wochen vorher die ersten Tarifrunden starten. Seit 19. März wird verhandelt.

Die Metall-Tarifverträge laufen am 30. April aus. Das bedeutet: Ab Anfang Mai können Warnstreiks beginnen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Rücksicht auf den Rücken nehmen

Der kranke Rücken zählt zu den häufigsten Gründen, weshalb Beschäftigte am Arbeitsplatz ausfallen. Mehr als ein Viertel aller Krankentage ging bei den Betriebskrankenkassen 2012 auf das Konto von Muskel- und Skeletterkrankungen.

Rückenleiden führen nicht nur zu Fehlzeiten und sind schmerzhaft. Sie lassen sich auch teilweise vermeiden. Mit ihrer Kampagne »Denk an mich. Dein

Rücken« zeigen Berufsgenossen-schaften und Unfallversicherungen, wie Beschäftigte Rücksicht auf ihren Rücken nehmen und was Arbeitgeber tun können und müssen. Kurze Zeichentrickfilme und Broschüren veranschaulichen, wie der Rücken unter falschem Heben, Stress, Rüttelsitzen oder einseitiger Haltung leidet, und geben Tipps, was er braucht, um gesund zu bleiben:

▶ deinruecken.de



Foto: Stephen Petrat

Martin Blecher, Simon Schmidt, Marco Schmidt und Faruh Dihanor (v.l.n.r.) sind sich einig: Leihbeschäftigte müssen fair bezahlt werden.

Wo die Zuschläge ankommen

DA GEHT WAS

Bis zu 50 Prozent mehr bekommen Leihbeschäftigte seit November, wenn sie in einem Metallbetrieb arbeiten. Den Siegern Faruh Dihanor und Simon Schmidt bringt das jeden Monat mehr Geld aufs Konto.

Die Zahl kommt ohne Zögern: 300 Euro. So viel hat Faruh Dihanor jetzt jeden Monat mehr auf dem Konto. Der 25-Jährige ist Leihbeschäftigter bei der Firma Ufar in Siegen. Im vergangenen Jahr hatte die IG Metall für Leihbeschäftigte, die in der Metall- und Elektroindustrie arbeiten, einen Branchenzuschlag vereinbart. Gestaffelt nach Einsatzdauer bekommen sie 15 bis 50 Prozent mehr.

Anfang November ging's los. Faruh Dihanor arbeitete zu dieser Zeit bei der Firma Bender. Nach drei Monaten bekam er 20 Prozent mehr. Anfang März wechselte er den Betrieb. Den Zuschlag bekommt er weiter. Erst wenn er drei Monate nicht im Einsatz war,

fallen die 20 Prozent weg und die Zeit läuft wieder von vorn.

Simon Schmidt arbeitet ebenfalls bei Ufar in Siegen. Er ist seit mehr als zwei Jahren bei Franke im Einsatz. Seit 1. November bekommt er 50 Prozent mehr Geld. »Mein Einkommen hat sich seit 2011 fast verdoppelt«, sagt der gelernte Schweißer.

Die beiden mussten sich nicht selber um ihre Zuschläge kümmern. Gekümmert hat sich Marco Schmidt. In der Verwaltungsstelle der IG Metall in Siegen ist der Gewerkschaftssekretär für Leiharbeit zuständig. Nach dem Tarifabschluss war ihm klar: »Wir werden die Zuschläge mit unseren Verleihern umsetzen.« Mit fünf hat

die IG Metall Siegen Haustarifverträge, und mit ihnen verhandelt sie über Branchenzuschläge. Schmidt kennt zwar keinen Verleiher, der offen gegen den Tarifvertrag verstößt. »Aber der ein oder andere versucht, sich mit Tricks darum herumzumontogeln.« So gebe es Firmen, die übertarifliche Zulagen mit den Zuschlägen verrechnen, um nicht mehr bezahlen zu müssen.

Starke Betriebsräte. Die Firma Ufar war der erste Verleiher, der die Branchenzuschläge in seinen Haustarif aufnahm, erzählt Marco Schmidt. »Hier lief es am unkompliziertesten.« Martin Blecher, Personaldisponent bei Ufar, ist froh über die bessere Bezahlung. »In vielen Stahlbetrieben hatten wir schon lange gleiche Bezahlung. Es war immer schwer, wenn unsere Leute von dort in einen Metallbetrieb wechseln sollten. Da verdienten sie dann weniger.«

Für Blecher gibt es noch ein weiteres Argument. In vielen Entleihbetrieben gibt es starke IG Metall-Betriebsräte, die Verleihern auf die Finger schauen. »Sie würden nicht mehr mit uns arbeiten, wenn wir uns nicht an die Tarife halten.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



WISSEN

Antworten rund um Branchenzuschläge

Nicht immer läuft es mit den Branchenzuschlägen so glatt wie bei der Firma Ufar in Siegen. In einer Telefonaktion der metallzeitung haben Fachleute Fragen von Leihbeschäftigten rund um die Zuschläge beantwortet. Die häufigsten Fragen und Antworten darauf haben wir auf den Seiten 24 bis 25 zusammengefasst.

Sport unter Kollegen

TIPP FÜR DEN JOB

Wenn Beschäftigte zusammen laufen, Fußball spielen oder skaten, ist das noch kein Betriebssport. Es gibt Unterschiede zwischen einer sportlichen Truppe und der Betriebs-sportgruppe.

Egal wie vielseitig eine Arbeit ist: An Bewegung mangelt es fast immer. Wer nicht gerade als Bote unterwegs ist, verbringt seine Arbeitstage oft einseitig, starrt stundenlang auf den Bildschirm oder steht an der Maschine. Als Ausgleich bieten manche Arbeitgeber Betriebssport an.

Wann versichert? Nicht jede sportliche Kollegentruppe ist eine Betriebssportgruppe. Dazu muss der Sport regelmäßig angeboten werden und in engem Bezug zum Betrieb stehen. Hängen Übungszeiten am Schwarzen Brett aus, kann das ein Indiz sein. Organisiert der Arbeitgeber Ort und Zeit des Trainings und bezahlt er den Trainer, ist es eindeutiger. Klar ist es, wenn Betriebsrat und Geschäftsführung das Angebot Be-



triebssport nennen. Ziel muss sein, die Gesundheit zu fördern, nicht, sich auf Wettbewerbe vorzubereiten. Skiläufer, die für ihre Firma bei Turnieren antreten, machen keinen Betriebssport. Gegen die Teilnahme am Fußballturnier etwa der örtlichen IG Metall spricht aber nichts. Erfüllt der Sport diese Kriterien, sind Beschäftigte versichert, wenn sie gemeinsam laufen, skaten oder Fußball spielen. Auch auf dem Weg zum und vom Betriebssport.

Betriebssport kann vieles leisten: Das Wirgefühls stärken und Spaß machen. Am Arbeitsplatz kann er aber nur das i-Tüpfelchen auf dem Gesundheitsprogramm sein. Beschäftigten, die bis nachts im Büro sitzen, in der Kantine ungesund essen oder ständig über Kopf arbeiten, hilft eine Stunde Sport pro Woche nichts. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

SWISS TIP

Regelmäßig gemeinsam
Ein Arbeitsunfall nach Sozialgesetzbuch (Paragraf 8 SGB VII) liegt nur vor, wenn der Sport regelmäßig gemeinsam betrieben wird. Einmalige Veranstaltungen wie Kanufahren oder Skiurlaube zählen nicht dazu.

KURZ & BÜNDIG

Höherer Grundfreibetrag

Der Bundesrat hat den Grundfreibetrag, für den keine Einkommensteuer anfällt, rückwirkend zum 1. Januar angehoben. Für Alleinstehende steigt der Freibetrag 2013 auf 8130 Euro. Damit verdoppelt sich für gemeinsam veranlagte Ehegatten der Freibetrag auf 16260 Euro. 2014 steigt die Steuerfreiheit für Ledige auf 8354 Euro im Jahr.

Ehrenamtszuschale

Der Gesetzgeber hat die Zuschale für Übungsleiter und Ehrenamtler rückwirkend zum 1. Januar auf 2400 Euro erhöht. Bis zu dieser Grenze sind die Einnahmen steuer- und sozialabgabenfrei. Bisher konnten nebenberufliche Trainer, Ausbilder oder Betreuer 2100 Euro im Jahr als steuerfreie Aufwandsentschädigung erhalten.

Auch bei Gebrauchtwagen

Wer vom Chef einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt bekommt, muss den geldwerten Vorteil versteuern. Entschieden man sich für die Ein-Prozent-Regelung, berechnet sich die Steuer auch bei Gebrauchtwagen nach dem Bruttolistenpreis. Der Bundesfinanzhof entschied am 13. Dezember 2012, dass dagegen keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen (VI R 51/11).

Foto: Andres Rodriguez/panthermedia.net



Nissan-Beschäftigte kratzen am schönen Schein

BLICK AUF DIE WELT

Nissan verwehrt der Gewerkschaft UAW den Zugang zu seinem Werk Canton im Süden der USA.

Überall können sich Nissan-Beschäftigte gewerkschaftlich organisieren. Nur im Werk Canton in Mississippi werden Mitarbeiter mit subtilen Mitteln eingeschüchert. Nun beginnen sich die 4500 Nissan-Beschäftigten gegen die Beschneidung ihrer Gewerkschaftsrechte zu wehren. Mit Unterstützung von Industri-

All und der Automobilgewerkschaft UAW prangern sie mit Protestaktionen den zweitgrößten japanischen Autokonzern an. Auch die deutschen Werke im Süden der USA sind bisher nicht organisiert.

► industriall-union.org
→ Nissan
► beneathetheshine.org

**+ PLUS FÜR UNS
PLUS FÜR ALLE**

KLAUS SOBOLL
HÜLSTA, AHAUS

»Der Möbelindustrie geht es überhaupt nicht gut. Darum sind die drei Prozent Lohnerhöhung seit März im Betrieb sehr gut angekommen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Arbeitgeber nur zwei Prozent ab September geboten hatten. Dass das Ergebnis so viel besser wurde, lag klar an den Warnstreiks.«

ALINA KLOMFASS
BOSCH, SCHWIEBERDINGEN

»5,5 Prozent für die Metall- und Elektroindustrie finde ich eine gute Forderung. Bei uns in Baden-Württemberg haben die Metallbetriebe 2012 fette Gewinne gemacht. Es ist nur gerecht, wenn die Beschäftigten daran beteiligt werden. Wenn es zu Warnstreiks kommt, werden wir bei Bosch sie auf jeden Fall tatkräftig unterstützen.«

BJÖRN HARMENING
VOLKSWAGEN, SALZGITTER

»Es ist notwendig, die Kaufkraft zu stärken. Davon profitieren auch wir. Denn für die Autoindustrie ist Deutschland immer noch ein wichtiger Markt. Die IG Metall kann selbstbewusst in die Tarifrunden gehen: Die Kollegen haben eine ordentliche Lohnerhöhung verdient. Schließlich haben sie dafür gesorgt, dass der Laden brummt.«

WIR SIND ALLE

Bald wird sie wieder zu hören sein: die »Begleitmusik« aus den Betrieben. In diesem Frühjahr verhandelt die IG Metall für rund 4,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus verschiedenen Branchen über höhere Löhne und Gehälter. Am 19. März hat die Tarifrunde für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie begonnen. 5,5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall für sie. Für die Stahlwerker und ihre Kollegen in der Möbelindustrie gibt es seit März schon höhere Entgelte. Die Forderungen waren und sind unterschiedlich. Aber für alle gilt: Die Beschäftigten wollen spürbar mehr Geld in der Lohntüte haben.

Von Sylvia Koppelberg

Das erste Mal ist bei dem einen etwas früher, bei dem anderen später. Bei Werner Banken hat es 41 Jahre gedauert. Bis er 58 war. Und er hat sich gut dabei gefühlt. Bei seinem ersten Warnstreik. Noch nie hatten der gelernte Schlosser, der schon seit 1972 bei der Möbelfirma Hülsta im westfälischen Ahaus arbeitet, und seine Kolleginnen und Kollegen sich in einer Tarifauseinandersetzung selber groß ins Zeug legen müssen. Die Arbeitgeber hatten sich immer irgendwie so mit der IG Metall geeinigt. Dieses Mal war es anders. Nur 200 Euro für acht Monate bot der Holzverband, und ab September zwei Prozent mehr Geld. »Ein Witz«, fand Werner Banken. Und weil die meisten anderen der rund 40 000 Beschäftigten in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie in Westfalen-Lippe das genauso sahen, gingen sie zum ersten Mal in den Warnstreik.

Bauchschmerzen habe er vorher schon gehabt, gibt der Betriebsratsvorsitzende Klaus Soboll zu. Ob die Kollegen wohl mitziehen? Taten sie. Nicht einer blieb im Betrieb, als sie im Februar zur Hülsta-Zentrale nach Stadtlohn zogen. »Wir wollten klare Kante zeigen«, sagt Werner Banken. Der Spruch ist alt, aber

MEHR WERT

immer noch richtig: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. »Das haben die Leute verstanden«, sagt Banken.

Insgesamt hatten sich bundesweit mehr als 11 000 Holz-Beschäftigte an Aktionen und Warnstreiks beteiligt. Den ersten Abschluss machte dann Niedersachsen: Ab März drei Prozent mehr Geld, bis Ende April 2014. Und 30 Euro mehr für die Azubis – das ist überproportional viel. In den anderen Gebieten gab es fast identische Ergebnisse.

Auch für die Stahlwerker gibt es drei Prozent plus. Was Möbelbauer, Stahlarbeitnehmer und die Beschäftigten in der Textilindustrie erfolgreich hinter sich haben, steht mehr als 4,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in anderen Branchen noch bevor.

Seit 19. März wird in der Metall- und Elektroindustrie, zu der auch die Maschinenbaubetriebe und Autowerke samt Zulieferfirmen gehören, verhandelt. Voraussichtlich im Wonnemonat Mai startet eine neue Tarifrunde bei Volkswagen und einigen VW-Tochterfirmen; sie haben einen eigenen Haustarifvertrag. Auch im Handwerk läuft einiges: Ende April sind die ersten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in Autohäusern und Kfz-Werkstätten.

Verschiedene Pakete. Die Forderungspakete waren und sind mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Nach den Erfolgen bei der Leiharbeit und der unbefristeten Übernahme der Azubis in der Tarifrunde 2012 konzentriert sich die IG Metall in der Metallindustrie dieses Jahr darauf, die Lohntüten voller zu machen. Auch die VWler fordern ausschließlich mehr Geld. Auf 5,5 Prozent plus haben sich die VW- und Metall-Tarifkommissionen geeinigt.

Die Metaller in der Stahl-, Holz- und ostdeutschen Textilindustrie hatten sich dagegen für fünf Prozent entschieden. Bei Stahl und Textil gehörten aber auch noch weitere Themen zum Paket. In der Stahlindustrie zum Beispiel, die Beschäftigung zu sichern und die Altersteilzeit neu zu regeln. So dürfen künftig fünf statt vier Prozent der Belegschaft in Altersteilzeit gehen. Außerdem gelang es, die Beiträge der Arbeitgeber für die Altersvorsorge der Azubis zu erhöhen. In der ostdeutschen Textilindustrie ging es ebenfalls um Altersteilzeit – und um die unbefristete Übernahme der Auszubildenden.

Im Kfz-Handwerk wird die Forderung am 11. April beschlossen. ➔



**+ PLUS FÜR UNS
PLUS FÜR ALLE**

HANSJÜRGEN HERZOG

MANNESMANN ROHR SACHSEN, ZEITHAIN:

»Die Lage ist in der Stahlindustrie nicht besonders gut. Unsere Erwartung war: Alles, was über der Hälfte der Forderung liegt, ist ein gutes Ergebnis. Fünf Prozent haben wir gefordert, drei Prozent erreicht. Da kommt auf jeden Fall etwas in der Lohntüte an. Gut ist auch, dass wir die Altersteilzeitquote von vier auf fünf Prozent anheben konnten.«

KRISTINA BECKER

HALBMOND, OELSNITZ

»Nach 22 Jahren Einheit hinken die Einkommen in der ostdeutschen Textilindustrie dem Westen immer noch hinterher, obwohl wir genauso viel leisten: Wir sind qualifiziert und sehr flexibel, der Leistungsdruck ist hoch. Die Einkommensschere muss kleiner werden. Außerdem sind attraktive Altersteilzeitregelungen sehr wichtig für uns. Bis 67 ist die Arbeit hier für die meisten nicht zu schaffen. Die Auftragslage könnte besser sein. Aber wir haben in der Tarifrunde nicht zu viel verlangt.«

BJÖRN NICK

AUTOHAUS SÜDSTERN - BÖLLE, TITISEE - NEUSTADT

»Wir müssen immer mehr leisten, bei 2482 Euro brutto, ohne Zulagen. Die meisten Kollegen sind noch jung, aber spätestens, wenn sie mal an eine Familie und ein Haus denken, fragen sie sich, wie sie das von ihren Einkommen finanzieren sollen. Wir setzen auf einen guten Abschluss in der Metallindustrie, weil dies ein guter Indikator für uns ist. Trotzdem stehen wir fest zu unseren Forderungen im Handwerk: weil wir es einfach wert sind.«

Fotos: Oliver Killig/ Igor Pastirovic/ Jürgen Pollak

➔ 5 Prozent bei den einen, 5,5 Prozent bei den anderen – die Zahlen spiegeln die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Betrieben und Branchen wider. Und die ist sehr unterschiedlich. Während es der Stahlindustrie zum Beispiel zurzeit nicht besonders gut geht, haben Autokonzerne wie Porsche, BMW, Daimler und Audi im vergangenen Jahr Rekordgewinne eingefahren. Für VW war 2012 nach dem Vorjahr das zweiterfolgreichste Jahr, obwohl der westeuropäische Markt stark eingebrochen ist. Auch die Elektroindustrie, die schon 2010 und 2011 so viel Waren ausgeführt hat wie noch nie, schaffte 2012 einen neuen Exportrekord.

»Bei den einen brummt es, die anderen machen Kurzarbeit«, sagt Wilfried Kurtzke, Wirtschaftsexperte beim IG Metall-Vorstand. Schlecht geht es vor allen den Firmen, die normalerweise einen großen Teil ihrer Waren in Euroländern wie Spanien und Italien absetzen. Und dazwischen sind viele, bei denen alles normal läuft. Doch wie es dieses Jahr und 2014 weitergeht, können die Wirtschaftsforscher so wenig exakt voraussagen wie die Wetterkundler, ob es mal wieder einen richtigen Sommer gibt. Bisher erwarten die Experten aber, dass sich die Konjunktur erholt.

Verlässlich. »Die IG Metall ist verlässlich«, sagt Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Weil sie sich in der Tarifpolitik nicht an den schwankenden wirtschaftlichen Auf- und Abs orientiert, sondern an festen Größen. Das ist zum einen der fürs Jahr erwartete Anstieg der Verbraucherpreise – dieses Jahr etwa zwei Prozent. Und zum anderen der Zuwachs der Produktivität in der Gesamtwirtschaft. Die Produktivität drückt aus, was Beschäftigte dank besserer Maschinen, geänderter Arbeitsorganisation oder Leistungssteigerungen in der gleichen Zeit mehr produzieren als im vorherigen Jahr. 2013 steigt sie voraussichtlich um bis zu 1,5 Prozent. Inflations- und Produktivitätsanstieg zusammen ergeben 3,5 Prozent. Das Ganze nennt sich »verteilungsneutraler Spielraum«, weil dabei nur entstandene Zuwächse an die Beschäftigten weitergegeben werden und nichts auf Kosten der Gewinne umverteilt wird.

Weil Absatzmärkte in den Euroländern weggebrochen sind und die Exporte nach China, in die USA und andere außereuropäische Länder auch nicht mehr so wachsen wie in der Vergangenheit, fordert die IG Metall aber dieses Jahr für die anstehenden Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie und bei VW zusätzlich einen »konjunkturgerechten Zuschlag«. Sie will die Konjunktur durch mehr Inlandsnachfrage beleben. Und die entsteht, wenn Millionen von Beschäftigten mehr Geld verdienen und ausgeben können. Schon im vergangenen Jahr

TARIFRUNDEN FÜR FAST 4,5 IG Metall verhandelt in Industrie und Handwerk



METALL UND ELEKTRO

Beschäftigte: 3,7 Millionen
Forderung: 5,5 Prozent
Verhandlungen: seit 19. März
Ende der Friedenspflicht: 30. April



HOLZ UND KUNSTSTOFF

Beschäftigte: 120 000
Forderung: 5 Prozent
Ergebnisse: 3 Prozent für 14 Monate
Laufzeit insgesamt: 16 Monate



KFZ-HANDWERK

Beschäftigte: 450 000
Forderung: noch offen
Verhandlungen: ab Ende April
Ende der Friedenspflicht: April und Mai

Fotos (v.l.n.r.): David Ebener/dpa/pa_30döck/panthermedia.net, Julian Stratenschulte/dpa/pa_Arne Trautmann/panthermedia.net, Hitoshi Ujicie/panthermedia.net, Oliver Berg/dpa/pa

MILLIONEN MENSCHEN



STAHL

Beschäftigte: 83 000*
Forderung: 5 Prozent und anderes
Ergebnis: 3 Prozent (Laufzeit 15 Monate) + bessere Altersteilzeit
 + altersvermögenswirksame Leistungen für Azubis
 * ohne Saarland (Verhandlungen später)



VOLKSWAGEN

Beschäftigte: 111 000
Forderung: 5,5 Prozent
Verhandlungen: Start voraussichtlich Mai
Ende der Friedenspflicht: 30. Juni



TEXTIL OST

Beschäftigte: 16 000
Forderung: 5 Prozent + bessere Altersteilzeit
 + unbefristete Übernahme Azubis
Ergebnis: bei Redaktionsschluss noch offen

hatte der private Konsum die Konjunktur kräftig gestützt. Den Zuschlag hat die IG Metall mit 2 Prozent beziffert, sodass sich insgesamt ein Forderungsvolumen von 5,5 Prozent ergibt. Die neuen Tarifverträge sollen zwölf Monate laufen – also für eine überschaubare Zeit, die berücksichtigt, dass unklar ist, wie sich die Wirtschaft entwickelt.

Schon bevor die Tarifforderung von 5,5 Prozent feststand, legten die Arbeitgeber ihre Oldie-Platten auf, die sie in jeder Tarifrunde abspielen: »Maßlos überzogen«, »Passt nicht in die Zeit«, »Kirche im Dorf lassen«. Und dazwischen das Flexi-Lied: Weil die wirtschaftliche Situation in den Unternehmen so unterschiedlich ist, müssen die Tarifverträge mehr Flexibilität ermöglichen, sagen sie. Die Betriebsräte sollen von ihnen abweichen können, also die Tarifierhöhung kürzen, verschieben oder gar nicht zahlen können.

Ließe sich die IG Metall darauf ein, würde das auf ein zusätzliches Beschäftigungsprogramm für die Betriebsräte hinauslaufen, die eh schon genug zu tun haben. »Das wollen wir und auch unsere Betriebsräte nicht. Dafür gibt es auch keine überzeugenden Gründe«, hat Helga Schwitzer, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik zuständig ist, klargestellt. Schließlich gebe es schon den Pforzheim-Tarifvertrag. Und der sei »ein angemessenes Werkzeug, um auf betriebliche Notlagen reagieren zu können«.

Begleitmusik. Es werden harte Tarifrunden. Und jede steht für sich. Der Stahlabschluss ist nicht die Messlatte für die Metallindustrie. Denn die wirtschaftlichen Bedingungen in der Metallindustrie sind aktuell besser als in der Stahlindustrie. »Ziel ist ein deutliches Plus im Geldbeutel der Beschäftigten. Denn das haben sie sich mit ihrer Leistung verdient«, sagt Helga Schwitzer. »Und dafür sollten wir jetzt schon ordentlich Begleitmusik machen«. Wenn die Arbeitgeber diesen Monat kein Angebot machen, über das sich aus Sicht der IG Metall ernsthaft zu verhandeln lohnt, »verstärken wir den Druck mit Warnstreiks«.

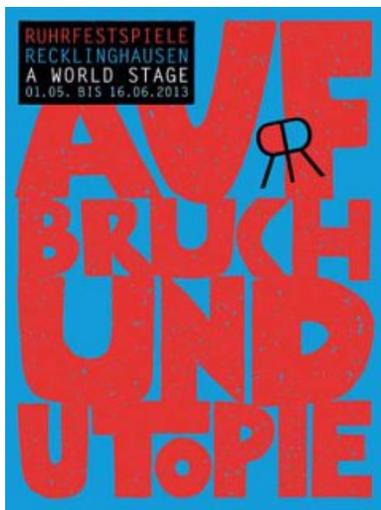
Der Geschäftsführer der bayrischen Metallarbeitgeber Bertram Brossardt findet Arbeitskämpfe »antiquiert«. Möbelbauer stehen von Berufs wegen auf neue Möbel. Aber ihre Warnstreiks im Februar haben gezeigt, dass »Antiquitäten« manchmal etwas Feines und sehr Wertvolles sind. ■

Wer sich über die Tarifrunden und -ergebnisse informieren will, kann das tun unter:

- ▶ metall-tarifrunde-2013.de
- ▶ igmetall.de/stahl-tarifrunde-2013
- ▶ holz-tarifrunde.de
- ▶ textil-tarifrunde.de
- ▶ igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de (zu VW)

Ruhrfestspiele: Festival für jedermann

In diesem Jahr bieten die Ruhrfestspiele ein buntes Programm für Erwachsene und Kinder. Und: Es gibt ermäßigte Karten für Gewerkschaftsmitglieder.



© Ruhrfestspiele Recklinghausen GmbH

Mit 100 Produktionen und 318 Aufführungen an 16 Spielstätten übertreffen die Ruhrfestspiele 2013 die Programme aus den Vorjahren.

Was haben Thomas Mann, Franz Kafka, Bertolt Brecht und Ödön von Horváth gemeinsam? In diesem Jahr werden ihre Werke während der Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis 16. Juni im Ruhrgebiet gezeigt. Das Motto: Aufbruch und Utopie.

Theater für jedermann. Jedes Jahr bieten die Ruhrfestspiele in Recklinghausen Inszenierungen in Kooperation mit renommierten Partnertheatern. Auf dem Spielplan stehen Uraufführungen, Lesungen mit Prominenten, spitzzüngige Kabarettisten, ein reiches Musikprogramm und vieles mehr.

Übrigens: Der Ursprung des Festivals liegt fast 70 Jahre zurück. Im harten Winter 1946/47 schleusten Bergleute der Zeche König Ludwig 4/5 Kohle für die Hamburger Theater an der Besatzungsmacht vorbei. Als Dank revanchierten sich die Künstler im folgenden Sommer unter dem Motto »Kunst

gegen Kohle« mit Theateraufführungen im Ruhrpott.

Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft erhalten ermäßigte Eintrittskarten. Außerdem verlost die metallzeitung dreimal zwei Karten für »Die Kleinbürgerhochzeit« von Bertolt Brecht am 8. Juni. Eine Koproduktion des Staatstheaters Saarbrücken mit dem Théâtre National du Luxembourg. Alle IG Metall-Mitglieder, die bis zum 15. April eine E-Mail an metallzeitung@igmetall.de, Stichwort: »Ruhrfestspiele« senden, nehmen an der Verlosung teil. ■

Interesse an den Ruhrfestspielen? Hier gibt es das Programm und Karten:

► ruhrfestspiele.de

Oder per Smartphone mit diesem QR-Code



Metallerin näht Mode

ZU BESUCH
BEI CARINA
LANGE

Die beste Modenäherin des Ausbildungsjahrgangs 2012 ist Metallerin und heißt Carina Lange. Die 22-Jährige arbeitet beim Herforder Herrenbekleider »bugatti«. Sie hat einen scharfen Blick für Stoffe und Nähte. Aber auch für die Interessen der Auszubildenden.

Ihr Gesellinnenstück ist ein klassischer Herrenwollmantel in Anthrazit, einem dunklen, warmen Grauton. Acht Stunden hatte Carina Lange dafür Zeit. Aus 45 vorgefertigten Einzelteilen nähte sie das Stück zusammen, in mehr als 150 Arbeitsschritten. Sie schloss Verbindungsnahte, nähte Ärmel und Taschen ein, bügelte die Nähte aus.

Ihr Handwerk beherrschte sie nach der zweijährigen Ausbildung perfekt. Sie bekam die Note sehr gut. Landete damit erst auf Platz eins der IHK Ostwestfalen, dann auf Platz eins der IHK Nordrhein-Westfalen – und wurde im Dezember 2012 in Berlin vor 1000 Gästen als Jahrgangsbeste ihres Berufs geehrt. DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann lobte die »fantastische Leistung« der 229 Bundesbesten in 218 Berufen. An den Prüfungen hatten über 350 000 Azubis teilgenommen. Die Berliner Feier mit Moderatorin Barbara Schöneberger und Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, wurde live im Internet übertragen.

Sorgfalt und Zahlen. Drei Monate später sitzt Carina Lange im Betriebsratsbüro von »bugatti« (der gleichnamige Autohersteller schreibt sich mit großem B): braunes Haar, asymmetrisches Pony, kurze Konturen. Sie trägt Perlenohrstecker und einen großen, bunten Schal. Ja, es stimme, was in der Zeitung gestanden hat:

Dass sie »noch nie« an der Nähmaschine gesessen hatte, als sie sich – schon vor dem Abitur – um eine Lehrstelle als Näherin beworben hat. Diese Ausbildung dauert zwei Jahre. Carina Lange ist jetzt im dritten Lehrjahr, wird Modeschneiderin. Sie lernt, Zuschnitt-, Näh- und Bügelmaschinen einzurichten, Stoffe zuzuschneiden und Arbeitsanweisungen an Näherinnen weiterzugeben, den Produktionsablauf zu überwachen und die Qualität der Produkte zu kontrollieren. In ihrem Beruf ist nicht nur Sorgfalt wichtig, etwa um vorgegebene Schnittbilder auf Stoffe zu übertragen, sondern auch Mathematik, um den Materialverbrauch zu berechnen.

Ihrem scharfen Blick entgeht nichts: Wenn sie beim Shoppen im Kaufhaus auf der Rolltreppe steht, Mäntel, Jacken und Hosen anderer Kunden mustert und – nicht selten – schiefe Nähte entdeckt, »muss ich die Augen zukneifen«.

Nach ihrer Ausbildung möchte Carina Lange noch ein, zwei Jahre in der Firma bleiben und dann an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach Bekleidungsmanagement studieren, um noch mehr zu erfahren über die komplexen Prozesse zur Herstellung textiler Produkte. Dass sie ihren Beruf von der Pike auf gelernt hat, wird ihr im Studium helfen: »Ich weiß dann, wovon ich rede.«



Wie gut sie mit der Nähmaschine umgehen kann, bewies Carina Lange mit ihrem Abschluss als beste Modenäherin 2012.

Die Betriebsratsvorsitzende Beate Ueckert hält viel von Carina Lange: »ein cleveres Mädchen.« Beate motivierte Carina, als Jugendvertreterin zu kandidieren. Und warb sie für die IG Metall. »Wir im Betriebsrat sind komplett gewerkschaftlich organisiert – und das erwarte ich auch«, sagt Ueckert. Lange war nicht auf Anhieb zu gewinnen. Dann nahm sie – mit 870 anderen – am Jugendvertreter- und Betriebsräte-treffen der IG Metall Mitte Februar in Willingen teil und war positiv überrascht: »Ich hatte nicht mit so vielen gerechnet. Die Leute in unserer Gruppe waren super. Das Programm war interessant, die Atmosphäre total locker, nur die Zeit zu knapp.« Als sie wieder zurückkam nach Herford, unterschrieb sie die Beitrittserklärung.

Gemeinsame Interessen. Von den 370 »bugatti«-Beschäftigten – die Firma hieß bis 2010 »Brinkmann« – ist fast die Hälfte Mitglied der IG Metall, von den Azubis nur wenige. Der Grund sei vielleicht ein Missverständnis, vermutet Carina Lange: »Viele denken, Gewerkschaftsmitglied zu werden bedeute, dem Arbeitgeber auf die Füße zu treten. Dabei tun wir nur das, was auch die Unternehmer tun – wir schließen uns zusammen, weil wir gemeinsame Interessen haben.« Der Geschäftsführer von bugatti, Wolfgang Brinkmann, macht es vor: Er ist Vizepräsident der Nordwestdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie sowie Tarif-Verhandlungsführer des Gesamtverbandes Textil und Mode.

Gemeinsame Interessen – das bedeutet für Carina Lange die Übernahme nach der Ausbildung und mehr Ausbildungsvergütung. Um sich das kaufen zu können, was sie selbst produziert, muss sie sehr haushalten. Ihre Ausbildungsvergütung: 772 Euro im Monat. Ab Mai gibt es, von der IG Metall in der Tarifrunde 2012 durchgesetzt, 50 Euro mehr. ■

Norbert.Huesson@t-online.de

Eure Fragen unsere Antworten

TELEFONAKTION
VOM 5. FEBRUAR

Bei der Telefonaktion der metallzeitung zu den Branchenzuschlägen in der Leiharbeit konnten die IG Metall-Experten viele Fragen unserer Leserinnen und Leser klären. Die wichtigsten Antworten haben wir nachfolgend zusammengefasst.

Text: Antonela Pelivan

Fotos: Frank Rumpenhorst



Wann habe ich als Leihbeschäftigter einen Anspruch auf die Branchenzuschläge?

Anspruch besteht, wenn der Verleiher Mitglied in den Verleihverbänden iGZ oder BAP/BZA ist oder im Arbeitsvertrag auf den sogenannten Tarifvertrag Branchenzuschläge Bezug genommen wird. Für Leihbeschäftigte mit Einsatz in der Metall- und Elektroindustrie gibt es seit 1. November 2012 den Branchenzuschlag. Wer in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie eingesetzt wird, hat ab 1. April 2013 einen Anspruch darauf. Ob der jeweilige Einsatzbetrieb tarifgebunden ist, spielt dabei keine Rolle. Die Zuschläge zahlt der Arbeitgeber, also der Verleiher.

Wie hoch sind die Branchenzuschläge?

Das hängt von der Länge des Einsatzes beim Entleiher ab. Nach den IG Metall-Tarifverträgen gibt es in der Metall- und Elektroindustrie nach der sechsten Woche einen Zuschlag von 15 Prozent auf den Tariflohn. In den Branchen Holz und Kunststoff (West) gibt es nach der sechsten Woche 7 Prozent, in der Textil- und Bekleidungsindustrie (West) 5 Prozent Zuschlag. Auf www.igmetall.de/branchenzuschlaege gibt es eine Übersicht über Höhe der Tariflöhne und Zuschläge für die einzelnen Entgeltgruppen.

Was gilt bei Unterbrechung des Einsatzes?

Wenn die Unterbrechung kürzer als drei Monate ausfällt, gibt es den Zuschlag beim erneuten Einsatz im selben Kundenbetrieb weiter. Dauert die Unterbrechung länger als drei Monate, beginnt die Einsatzzeit neu zu zählen. Auch Urlaub, Feiertage oder Krankheit gelten nicht als Unterbrechung der Einsatzdauer.

Darf der Zuschlag verrechnet werden?

Nur wenn es sich um übertarifliche Leistungen handelt, die der Arbeitgeber freiwillig zahlt, beispielsweise Entgelt über Tarif.

Keinesfalls darf der Verleiher Fahrgeld, Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder andere Zuschläge verrechnen.

Ich bin in einem Betrieb eingesetzt, bei dem es eine »Besservereinbarung« gibt. Habe ich Anspruch auf Zuschläge?

Bei Besservereinbarungen sind Leistungen gemeint, die der Entleiher einem Leihbeschäftigten beim Einsatz zahlt. Die betrieblich vereinbarten Leistungen gibt es aber nicht zusätzlich zum Branchenzuschlag. Ist die betriebliche Leistung geringer, so haben Beschäftigte Anspruch mindestens in Höhe des Branchenzuschlags. Das heißt: Der Anspruch besteht selbst dann, wenn eine Betriebsvereinbarung

Am Telefon



Verena zu Dohna-Jaeger ist Juristin im Ressort Betriebspolitik/Betriebsverfassung beim IG Metall-Vorstand.



Stefan Soost ist Jurist im Ressort Arbeits- und Sozialrecht/Betriebliche Altersversorgung beim IG Metall-Vorstand.



Dirk Schumann ist beim IG Metall-Vorstand Jurist im Ressort Koordination Tarifbewegungen, zentrale Verhandlungen, Tarifrecht.



beim Kunden existiert, die die Bezahlung von Leihbeschäftigten regelt.

Mein Arbeitgeber kürzt den Branchenzuschlag, weil im Einsatzbetrieb niedrigere Löhne gezahlt werden. Darf er das?

Dass ein Leihbeschäftigter mit Zuschlag mehr verdient als ein Stammbeschäftigter, ist eher die Ausnahme. Etwa wenn im Kundenbetrieb Entgelte gezahlt werden, die unter den gültigen Tarifen liegen, beispielsweise weil der Einsatzbetrieb nicht tarifgebunden ist. Oder wenn ein Haustarifvertrag geringeres Entgelt vorsieht. Dann ist eine Deckelung auf 90 Prozent des tatsächlichen Entgelts eines vergleichbaren Stammbeschäftigten möglich. 90 statt 100 Prozent, weil die durchschnittliche Leistungszulage beim Zuschlag nicht berücksichtigt wird. Voraussetzung für die Deckelung: Der Entleiher muss sich ausdrücklich darauf berufen und das tatsächliche Entgelt nachweisen.

Deckelt der Arbeitgeber generell, sollten sich Betroffene beim Betriebsrat des Kunden über die dortige Vergütung informieren.

Meine Tätigkeit beim Kunden entspricht der eines Facharbeiters. Vertraglich bin ich als Helfer eingruppiert. Was kann ich tun?

Leihbeschäftigte sollten eine falsche Ein-

gruppierung sofort beim Verleiher reklamieren und ihren Arbeitsvertrag entsprechend korrigieren lassen (Ausschlussfristen beachten – mehr dazu in der Spalte rechts). Übrigens: Die Bezahlung eines Facharbeiters steht Leihbeschäftigten selbst dann zu, wenn sie die entsprechende Qualifikation nicht besitzen. Maßgeblich ist die Tätigkeit, die sie beim Kunden ausüben.

Ich musste einen Änderungsvertrag unterschreiben und erhalte dadurch weniger Geld. Sind solche Verträge rechters?

Grundsätzlich darf eine einvernehmliche Vertragsänderung auch zu einer geringeren Vergütung führen. Solche Verträge erlauben aber nicht den Verzicht auf tarifliche Ansprüche. Der Wegfall freiwilliger oder übertariflicher Leistungen sowie die Einstufung in eine niedrigere Entgeltgruppe kann dagegen per Vertrag vereinbart werden. Viele Leihbeschäftigte unterschreiben Änderungsverträge, weil ihnen fälschlicherweise gesagt wird, dass der Arbeitgeber ihnen sonst keine Branchenzuschläge zahlen darf. Darum ist bei Änderungsverträgen unbedingt Vorsicht geboten.

Wer sich unsicher ist, sollte den Vertrag dringend prüfen lassen. IG Metall-Mitglieder können sich bei ihrer zuständigen Verwaltungsstelle rechtlich beraten lassen. ■



WISSEN



Am 5. Februar standen die Telefone nicht still, denn es gab viele Fragen zu beantworten.

Fahrt und Unterkunft

Ein Anspruch auf Fahrgeld, Unterkunftskosten oder Auslösung kann sich aus dem Arbeitsvertrag, einer Betriebsvereinbarung oder einem Tarifvertrag ergeben. Ist dort nichts geregelt, besteht ein gesetzlicher Aufwendungsersatzanspruch nach Paragraph 670 Bürgerliches Gesetzbuch auf Ersatz der tatsächlich angefallenen Reise- und Unterkunftskosten. Einen gesetzlichen Anspruch auf Zahlung einer zusätzlichen Auslösung gibt es nicht.

Ausschlussfristen

Damit Ansprüche nicht verfallen, sind vertragliche oder tarifliche Ausschlussfristen zu beachten. Die Tarifverträge enthalten folgende Ausschlussfristen:

- **BZA:** Alle Ansprüche sind innerhalb von zwei Monaten nach Fälligkeit schriftlich geltend zu machen. Bei Ablehnung oder keiner Reaktion, dann gerichtliche Geltendmachung innerhalb von einem Monat.
- **IGZ:** Ansprüche sind innerhalb von einem Monat nach Fälligkeit schriftlich geltend zu machen. Bei Ablehnung oder keiner Reaktion, gerichtliche Geltendmachung innerhalb von einem Monat.

Die Karrierewege für Mechatronikerinnen und Mechatroniker

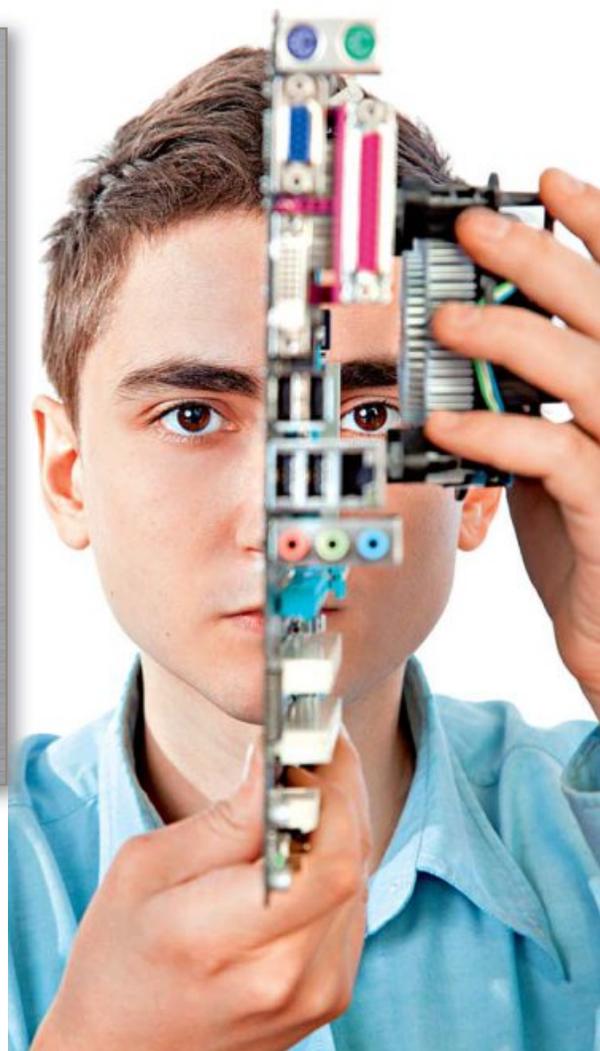
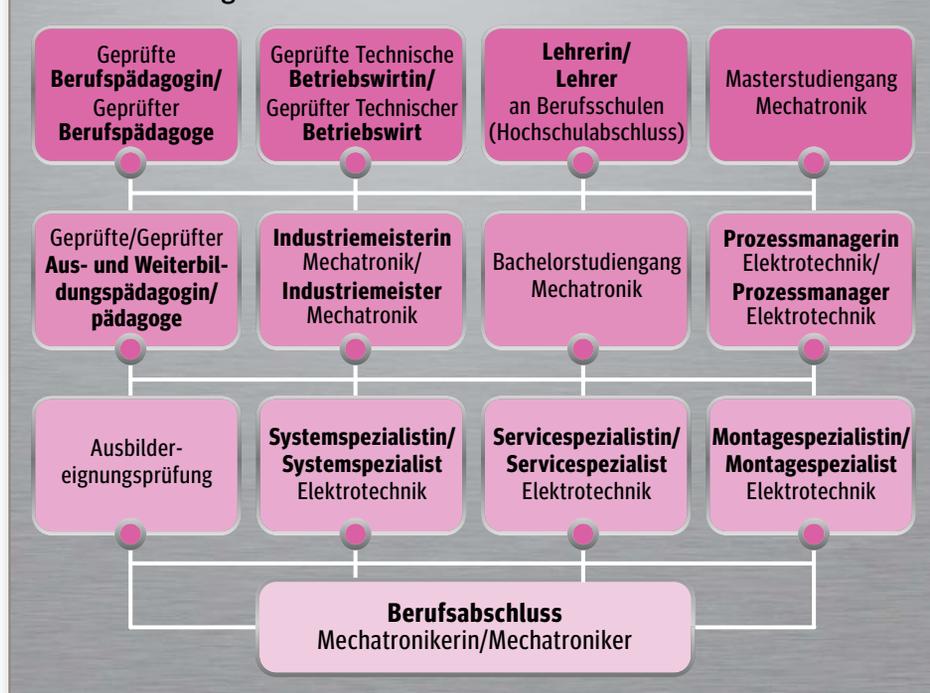


Foto: Sergiy Zavgorodny/ panthermedia.net

Zukunftsberuf Mechatroniker

BERUF UND KARRIERE

Seit 2005 gibt es den neuen Beruf Mechatronikerin/Mechatroniker. Bei Jugendlichen ist er ziemlich beliebt. Rund 24 500 Jungen erlernen ihn zurzeit und 1500 Mädchen. Mit der Ausbildung können sie später in ganz unterschiedlichen Branchen etwas werden.

Mechatronikerinnen und Mechatroniker bauen Anlagen, die mechanische, elektrische und elektronische Teile enthalten, zum Beispiel Industrieroboter. Sie stellen die einzelnen Elemente her und montieren sie. Sie nehmen fertige Anlagen in Betrieb, programmieren sie oder installieren die dazugehörige Software. Sie prüfen die mechatronischen Systeme, bevor sie sie an Kunden übergeben, halten sie instand und reparieren sie.

Mechatroniker ist der zweitbeliebteste Ausbildungsberuf. Er rangiert bei Jugendlichen gleich hinter Kfz-Mechatroniker, bietet aber mehr Chancen. Denn Stellen für Mechatroniker gibt es in vielen Branchen, zum Beispiel Maschinen- und Anlagenbau, Autoherstel-

ler, Luft- und Raumfahrtindustrie, Betriebe, die Prozesssteuerungen und elektrische Anlagen herstellen oder Medizin-, Informations- und Kommunikationstechnik.

Für alle offen. Die Ausbildung dauert dreieinhalb Jahre. Wer den Beruf erlernen will, muss keine weiterführende Schule besucht haben.

Was Azubis in Betrieben verdienen, in denen die IG Metall Tarifverträge abschließen konnte, ist von Region zu Region unterschiedlich. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel erhalten sie im ersten Ausbildungsjahr 820 Euro brutto im Monat. Bis zum vierten Jahr steigt die Vergütung auf 1001 Euro.

Nach der Ausbildung bekommen sie als Facharbeiter, je nach

Tätigkeit und Berufserfahrung, zwischen 2294 und 2866 Euro. Hinzu kommen pro Jahr 319 Euro vermögenswirksame Leistungen, 55 Prozent eines Monatsverdienstes zusätzlich als Weihnachtsgeld und weitere 50 Prozent als Urlaubsgeld. Außerdem gibt es zehn Prozent tariflich geregelte monatliche Leistungszulagen, Mehrarbeit- und Schichtzuschläge und 30 Tage Urlaub.

Mechatronikern stehen alle möglichen Aufstiegsmöglichkeiten offen. Zum Beispiel können sie Spezialisten für Elektrotechnik oder Prozessmanager werden, die Meisterprüfung ablegen oder Mechatronik studieren – mit Bachelor- und Masterabschluss (Schaubild). Meister, Ausbilder und Absolven-

ten von Bachelor-Studiengängen steigen mit 3311 bis 4353 Euro brutto im Monat ein. Wie viel genau, hängt von ihrer konkreten Tätigkeit und ihrer Erfahrung ab. Berufsschullehrer verdienen 3221 bis 4383 Euro und Hochschulabsolventen mit Masterabschluss 3701 bis 5256 Euro. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Viele Infos zur Aus- und Weiterbildung bietet die IG Metall:

▶ igmetall-wap.de
Ausbildungen und Tätigkeiten beschreibt ausführlich:

▶ arbeitsagentur.de
→ Berufenet

Mehr zu AEVO und pädagogischen Berufen:

▶ profi-bildung.de
Kostenlose IG Metall-Broschüre über Industriemeister/-innen, Fachrichtung Mechatronik. Bestellen unter:

▶ berufsbildung@igmetall.de
Beispiel für ein Studium:

▶ mechatronik.tu-darmstadt.de

Tarifgehälter höher

EINKOMMEN ANALYSIERT

Die neue Entgeltanalyse in der Informations- und Telekommunikationsbranche (ITK) zeigt, wie wichtig Tarifverträge sind: Mit Tarif gab's im vergangenen Jahr mehr.

Die ITK-Branche wächst seit Jahren. Trotzdem muss ein Teil der Beschäftigten mit Reallohnverlusten leben. In Betrieben, in denen kein Tarifvertrag gilt, stiegen die Einkommen im vergangenen Jahr nur um 1,4 Prozent. Damit lassen sich noch nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgleichen. Besser sieht es in tarifgebundenen Unternehmen aus. Hier stiegen die Entgelte um 2,8 Prozent. Das geht aus der 15. Analyse der IG Metall »Entgelt in der ITK-Branche 2013« hervor.

Führungskräfte gewinnen. Im Schnitt stiegen die Gehälter um zwei Prozent. Es gibt aber Unterschiede nach Regionen und Bereichen: Während die Einkommen von kaufmännischen Angestellten, Beschäftigten in Call-Centern, in Vertrieb und Verwaltung stärker zunahm, sanken die Entgelte in der Softwareentwicklung, Beratung und im Projektmanagement leicht. Die größten Gewinner sind die Führungskräfte: Drei Viertel von ihnen konnten ihr Jahresgehalt um durchschnittlich 3,8 Prozent steigern.

Alarmierend ist: Die Arbeitsbelastungen steigen. Das bestätigen zwei Untersuchungen. Ständige Umstrukturierungen und Beschäftigungsabbau erhöhen den Stress und das Arbeitspensum. Dagegen wird die IG Metall gemeinsam mit den Betriebsräten vorgehen. Etwa mit Regelungen, die überlangen Arbeitszeiten Grenzen setzen.

Gute Nachrichten gibt es vom Ausbildungsmarkt, der um 1,5 Prozent gewachsen ist. Auch die

tariflichen Ausbildungsvergütungen sind um 4,3 Prozent gestiegen. Ein Beitrag der IG Metall zur Fachkräftesicherung in der ITK-Branche: Seit dem vergangenen Jahr werden Auszubildende in Betrieben mit Tarifvertrag nach ihrer Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. ■

Sebastian.Faerber@igmetall.de

Mehr zur ITK-Entgeltanalyse:

▶ igmetall.de/cebit-2013

Jahresgehälter (in Euro)			
(Beispiele aus der Entgeltanalyse, Rechenbasis: 35-h-Woche)			
Tätigkeit	2010	2011	2012
Servicetechnik Servicetechniker/-in	39 831	40 576	41 890
Kaufmännische Administration Sachbearbeiter/-in II	46 127	47 687	49 933
Softwareentwicklung Softwareingenieur/-in II	53 106	54 373	53 360
Beratung/Consulting Seniorberater/-in	67 400	68 526	67 454

Quelle: IG Metall

KURZ & BÜNDIG



Foto: Arne Trautmann / panthermedia.net

Eltern können ihre Ausbildung auch in Teilzeit machen.

Ausbildung in Teilzeit

Azubis und Betriebe können eine Ausbildung in Teilzeit vereinbaren, vor allem wenn der Azubi Kinder zu betreuen hat. So steht es im Berufsbildungsgesetz, Paragraf 8. Die Ausbildungszeit kann dazu bis auf 20 Wochenstunden verkürzt und bis zu einem Jahr verlängert werden. Bedingungen, Hilfen und Projekte vor Ort:

▶ jobstarter.de → Themen → Teilzeitberufsausbildung

Neue Berufe ab August

Vier neu geordnete Berufe gehen am 1. August im Bereich der IG Metall an den Start: Fertigungsmechaniker, Stanz- und Umformmechaniker, Klempner und Orthopädietechnik-Mechaniker. Experten aus IG Metall und Betrieben haben die Berufe gemeinsam mit Arbeitgebervertretern gestaltet. Ausführliche Infos:

▶ wap.igmetall.de

Neue Angebote zum Studium ohne Abitur

Studieren geht heute auch ohne Abitur, mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und Erfahrung. Doch immer noch kommen nur 2,1 Prozent der Studienanfänger ohne Abitur an die Hochschulen.

Das wollen die IG Metall und andere Gewerkschaften ändern. Durch Förderung, Stipendien und Vorbereitungskurse, damit der oft

nicht ganz einfache Umstieg auf die Uni klappt. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung bietet ein Programm mit Rundum-Unterstützung für Ingenieurwesen an der Universität Duisburg-Bochum an. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 30. April.

Informationen der IG Metall zu Rahmenbedingungen, Förde-

rung und Unterstützungsangeboten findet Ihr hier:

▶ uni-ohne-abi.de

Hier findet Ihr eine Datenbank zu mehr als 4000 Studiengängen ohne Abitur sowie Beratung, Antworten auf häufige Fragen (FAQ) und ein Diskussionsforum zum Studium ohne Abi:

▶ studieren-ohne-abitur.de

Studienkredit für alle

Die staatliche KfW-Bank weitet die Kredite für Studierende aus. Bis zu 650 Euro monatlich für 14 Semester, nun auch für das Zweit- und Aufbaustudium. Also auch für beruflich qualifizierte Studierende. Die Altersgrenze für den Antrag ist auf 44 Jahre angehoben. Der Zins liegt derzeit bei 3,06 Prozent. Infos und Antrag:

▶ studienkredit.kfw.de

Hallo Kollege, die Geschäftsleitung hat einen tollen Vorschlag: keine Werkverträge mehr, keine Leiharbeit, keine Rente mit 67, gleiches Geld für Frauen und Männer, Ausbildungsplätze für alle ...

Und das gilt nur für den 1. April, stimmt's ?

CHEF
2 X
klingeln

POLO

Karikatur: André Poloczek

